

157

**Botschafter Freiherr von Braun, Paris,
an Bundesminister Genscher**

VS-vertraulich**4. Juni 1974¹**

Sehr verehrter Herr Minister,

auf Anregung von Herrn Poensgen lege ich Ihnen als Anlage zwei Aktenvermerke vor, die ich über die Gespräche des Herrn Bundeskanzlers in Paris² gefertigt und in der Botschaft nur meinem Stellvertreter, Gesandten Blomeyer, gezeigt habe. Einen Bericht haben wir auf Weisung des Herrn Bundeskanzlers nicht erstattet, da die Unterrichtung der Zentrale durch den Herrn Bundeskanzler selbst vorgesehen war.

Zum Inhalt der Aktenvermerke bemerke ich, daß es Gedächtnisniederschriften sind. Es mag daher sein, daß der eine oder andere Punkt in der Kurzfassung deutlicher formuliert erscheint, als es im Gespräch der Fall war, daß mir auch einige Einzelheiten entgangen sein mögen.

Da die Unterhaltungen in Englisch stattfanden, liegen keine Dolmetscherprotokolle vor.

Mit angelegentlichen Empfehlungen
Ihr ergebener
Sigismund Braun

[Anlage 1]

Gedächtnisniederschrift über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Giscard d'Estaing in Anwesenheit von Chirac, Sauvagnargues, Pierre-Brossolette, Pöhl, Rohr und mir am 31. Mai 1974 abends (während des Essens und nachher).³

Kurze Darstellung des BK über sein vorausgegangenes Vier-Augen-Gespräch mit Giscard d'Estaing (Ziff. 10).

1) England

Die Franzosen stellten sich und uns besorgt die Frage, was die Engländer mit „renegotiating the treaty“ meinten.⁴ Giscard äußerte die Ansicht, Großbritannien sei psychologisch noch nicht im Markt, bestenfalls auf dem Wege hinein. Wahrscheinlich seien die terms in Brüssel zu hart ausgehandelt worden.⁵ Es

¹ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Kinkel am 25. Juni 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Gehlhoff und Sachs verfügte.

Hat Gehlhoff am 26. Juni und Sachs am 27. Juni 1974 vorgelegen.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris auf.

³ Zum Gespräch vgl. auch SCHMIDT, Nachbarn, S. 168–171.

⁴ Zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen vgl. Dok. 133.

⁵ Die Europäischen Gemeinschaften und Großbritannien führten zwischen dem 30. Juni 1970 und dem 12. Dezember 1971 Beitrittsverhandlungen. Der Beitrittsvertrag wurde am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet und trat mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

sei ihm zweifelhaft, ob Großbritannien im Markt zu bleiben wünsche.⁶ Chirac und Pierre-Brossolette: Würde über die Frage der britischen Mitgliedschaft heute eine Wahl stattfinden, so müsse man mit 60 % der Stimmen für den Austritt rechnen. Dem stehe gegenüber das praktische britische Interesse an der weiteren Zugehörigkeit zum Markt. Die City halte einen Austritt für wirtschaftlich katastrophal, man wisse aber nicht, ob sie sich durchsetze; die City sei bei vielen Wählern unpopulär.

Der BK äußerte die Auffassung, Wilson betreibe seine gegenwärtige Politik mehr aus taktischen Erwägungen, er erhoffe sich für bald eine Gelegenheit, das Parlament aufzulösen (was die Konservativen ihm aber nicht gewähren wollen), um mit bequemer Mehrheit weiter zu regieren und dann doch im Markt zu bleiben; allerdings wohl unter Neuaushandlung der Finanzbeiträge.⁷

BK erwähnte noch eine Anregung, auf die Engländer über sozialdemokratische Kanäle mit dem Ziel des Verbleibens im Markt einzuwirken; dieser Gedanke sei nicht weiter zu verfolgen.

Chirac hatte zu England noch keine festen Ansichten.

2) Italien

Der BK warf die Frage auf, ob für Italien kurzfristig Ausnahmeregelungen möglich seien.⁸ Hierzu Sauvagnargues: Dies würde England einen Vorwand zum Austritt geben.

⁶ Der britische Außenminister Callaghan machte auf der EG-Ministerratstagung am 4. Juni 1974 in Luxemburg nähere Angaben zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen. Er führte aus, daß Großbritannien Änderungen zu folgenden Punkten anstrebe: 1) der Gemeinschaftshaushalt; 2) die gemeinsame Agrarpolitik; 3) das Commonwealth und die Entwicklungsländer; 4) die Regional- und Industriepolitik; 5) die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN DER EG, 6/1974, S. 6–17.

Dazu berichtete Botschafter Lebsanft, z. Z. Luxemburg, am 5. Juni 1974: „Callaghan machte klar, daß GB zunächst Verbesserungen durch das in der Gemeinschaft übliche Verfahren, d. h. ohne Änderungen der Verträge, anstrebe. [...] Zum weiteren Verfahren schlug Callaghan vor, dafür nicht ein einziges Gremium vorzusehen, sondern die verschiedenen Probleme im jeweils zuständigen Rahmen zu verhandeln. Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik sollten im Agrarrat, Fragen der Entwicklungshilfe im Entwicklungsministerrat, Fragen der Handels-, Regional- und Industriepolitik im allgemeinen Rat erörtert werden. Wenn man auf diese Weise vorgehe, würden normale Arbeiten des Rates nicht unnötigerweise verzögert; es sei britische Absicht, bis Ende des Jahres substantielle Fortschritte zu machen. [...] Callaghan betonte, GB verhandle nicht mit dem Ziel eines negativen Ergebnisses. Wenn dies Absicht der brit. Regierung wäre, hätte sie sich nicht die große Mühe mit ihren Änderungsvorschlägen machen müssen. Am Ende der ‚Neuverhandlungen‘ werde brit. Regierung eine Stellungnahme zu dem Ergebnis abgeben und darin zum Ausdruck bringen, ob brit. Wünsche in vertretbarem Umfang erfüllt worden sind. Ergebnis der Verhandlungen werde brit. Volk zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei Zustimmung würde GB bereit sein, uneingeschränkt an dem Aufbau eines neuen Europa mitzuarbeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 410, Bd. 105612.

⁷ Der Passus „und dann doch ... Finanzbeiträge“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

⁸ Der italienische Finanzminister La Malfa erklärte am 20. Februar 1974, daß das Haushaltsdefizit 1974 schätzungsweise 9,2 Billionen Lire (ca. 14 Mrd. Dollar) gegenüber 7,645 Billionen Lire 1973 betragen werde. Italien weise damit im Vergleich zum Brutto sozialprodukt aller anderen Industriestaaten das größte Haushaltsdefizit auf. Vgl. dazu den Artikel „Italy's Budget Deficit to Rise Sharply in '74“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 21. Februar 1974, S. 7.

Am 29. April 1974 beschloß die italienische Regierung Einfuhrbeschränkungen für 400 Warenpositionen. Die Importeure wurden verpflichtet, 50 % des Wertes der eingeführten Waren bei der Bank von Italien für sechs Monate zinslos zu deponieren („Bardepot“). Ausgenommen waren Rohstoffe, Energie und Investitionsgüter. Die Maßnahmen sollten am 6. Mai 1974 in Kraft treten. Vgl. dazu

Es herrschte allgemeine Ansicht vor, daß die Italiener – wären sie eine Firma – eigentlich Konkurs anmelden müßten.

Chirac äußerte schwere Befürchtungen über die politische Zukunft Italiens, das er in zwei Jahren von Revolten und Revolutionen bedroht sah. Wie werde das Mittelmeer aussehen, wenn auch Spanien nach Ablösung der gegenwärtigen Regierung wieder in Revolution und Chaos verfallende?

3) Spanien

Chirac sprach sich dafür aus, Spanien schon jetzt an die EWG heranzuführen, vielleicht mit langen Übergangsfristen. Dies würde innere Gegenbewegungen schwächen.⁹ BK: Dies wäre in Deutschland innenpolitisch unmöglich.

Chirac: Auch Frankreich hätte Schwierigkeiten; von der Sache her wäre es aber richtig.

4) Portugal

Es bestand Einigkeit, daß man den Portugiesen den Weg zum Markt hin erleichtern soll. Soares wird heute, am 1. Juni 1974, Sauvagnargues besuchen (Giscard bat Sauvagnargues um Rücksprache vor diesem Termin).

5) Einigkeit bestand darüber, das heutige Treffen als ein deutsch-französisches Gespräch im Rahmen des Vertrages¹⁰ zu bezeichnen, das um der Gemeinschaft willen stattfindet. Zu vermeiden sei jeder Aspekt deutsch-französischer Hegemonie.

BK unterstrich mehrfach die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit. Hierzu habe er „keine Mental-Reservation“. Es dürfe aber keine Achse geben.

Wir müßten betonen, daß wir in der EWG nicht nur den Bestand erhalten, sondern Fortschritte erzielen wollten. Stabilität müsse durch klassische Budget- und Kreditpolitik angestrebt werden. Er sei zufrieden, daß Frankreich hieran nichts auszusetzen habe. Obwohl Presse große Erwartungen an den Besuch geknüpft habe, dürfe nicht der Eindruck bindender deutsch-französischer Entscheidungen erweckt werden. Andere Länder dürften der Presse gegenüber nicht erwähnt werden.¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 664

den Artikel „Neuer harter Schlag für Europa. Italien erschwert drastisch seine Einfuhren“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Mai 1974, S. 1.

⁹ Der Passus „Chirac sprach sich ... Gegenbewegungen schwächen“ wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁰ In Teil II Abschnitt A des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 wurde ausgeführt: „Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen.“ Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

¹¹ Am 6. Juni 1974 unterrichtete Bundeskanzler Schmidt den Bundestag über seine Gespräche mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris. Weiter führte er aus: „Im Anschluß an unser Gespräch sind sowohl von französischer als auch von deutscher Seite unsere EG-Partner auf dem normalen diplomatischen Weg über das Ergebnis unterrichtet worden, womit wir von vornherein Spekulationen über eine besondere deutsch-französische sogenannte ‚Achse‘ entgegenwirken wollten [...]. Ich wiederhole: Es gibt für diesen freundschaftlichen Dialog zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland keine andere Basis als den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit aus dem Jahre 1963.“ Es sei „im Augenblick besonders bedeutsam, daß die französische Regierung der internen Stabilitätspolitik eindeutige und klare Priorität gibt. Sie ist wie wir der Ansicht, daß handelspolitischer Protektionismus keinen Ausweg bieten kann aus einer schwierigen Zahlungsbilanzsituation. [...] Die deutsche und die französische Wirtschafts-

Intern – also nur für die Anwesenden – bemerkte BK, daß wir bereit seien, Opfer für den Bestand der Gemeinschaft zu erbringen. Er machte hierbei aber einen Unterschied zwischen Großbritannien und Italien; für letzteres werde die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit zur Hilfeleistung schwer erhältlich sein.

6) Giscard legte Wert darauf (zu Beginn der Unterhaltung und mehrfach später), die deutsch-französische Zusammenarbeit im Vertrag als Grundelement für den Aufbau und den Zusammenhalt Europas zu bezeichnen. Er sagte zu, Frankreich werde nichts unternehmen, was den Zusammenhalt des Marktes weiter gefährde. Es komme darauf an, im Markt zu Fortschritten zu kommen – der Weg hierzu blieb freilich im Vagen.

7) Die Disparitäten der Zahlungsbilanzen wurde beleuchtet; die Franzosen (Giscard) sagten zu, keine Handelsbeschränkungen zu erlassen.¹² Stabilität sei das Hauptziel. Man müsse gemeinsame Stabilitätsprogramme entwickeln. Die Stabilität müsse durch innere Maßnahmen angestrebt und erreicht werden. (Hierzu hat Giscard dem BK im Vier-Augen-Gespräch gesagt, daß die Preissteigerungsprognose beim jetzigen Stand für 1974 auf 15% laute; es werde aber gelingen, sie auf insgesamt 12% für 1974 zu reduzieren. Das französische Zahlungsbilanzgleichgewicht werde in 18 Monaten erreicht sein.) BK hat für diese einschneidende Zusage gedankt.

8) Die Franzosen schnitten die Frage an (ohne sie zu vertiefen), ob nicht die Bundesrepublik Deutschland die Nachfrage nach Importgütern anregen könne. (Im französischen Fernsehen wurde dieser Punkt besonders herausgestellt.)

Hierzu der BK: Dies ist aus Stabilitäts- und Anti-Inflationsgründen nicht zu machen.

9) Der BK und Giscard erörterten bei Tisch den Gedanken, die gesamten Gipfelkonferenzen auf ein protokollarisches und zahlenmäßiges Minimum zu reduzieren. Beide äußerten sich positiv hierzu; der train sei zu schwerfällig, man müsse die wichtigen Entscheidungen in kleinen Gremien informeller Art treffen. Demgegenüber äußerte Chirac (offenbar aus seinen Erfahrungen als Landwirtschaftsminister¹³) Bedenken, ob sich dies durchführen lasse, auch weil die Zuständigkeitsregelungen in einzelnen Ländern (insbesondere Holland, aber auch bei uns) dem einzelnen Ressort-Minister Verantwortlichkeiten zuweisen, über die sich der Regierungschef nicht hinwegsetzen könne.

Es wurde auch (von Giscard?) der Gedanke erörtert, daß man die Kommission, ein Hallstein-Produkt¹⁴, etwas beschneiden und reduzieren müsse. Vertieft wurde der Gedanke nicht. Herr Pöhl: Das Ganze sei ein Management-Problem.

Fortsetzung Fußnote von Seite 665

politik liegen also auf demselben, an dem Ziel der Geldwertstabilität orientierten Kurs. Ich nehme an, daß dies durch konkrete französische Maßnahmen in der allernächsten Zeit noch etwas deutlicher werden wird.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 88, S. 7118.

¹² Im Mai 1974 stieg das französische Handelsbilanzdefizit von 400 Mio. Dollar im April auf 620 Mio. Dollar. Der Einfuhrüberschuß der ersten fünf Monate des Jahres 1974 betrug insgesamt 1,8 Mrd. Dollar. Vgl. dazu den Artikel „French Trade Deficit in May Sets Record at \$ 620 Million“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 15./16. Juni 1974, S. 1.

¹³ Jacques Chirac war 1972/73 französischer Landwirtschaftsminister.

¹⁴ Walter Hallstein war vom 7. Januar 1958 bis zur Schaffung eines gemeinsamen Rats und einer gemeinsamen Kommission von EWG, EURATOM und EGKS am 1. Juli 1967 erster Präsident der EWG-Kommission.

Der BK sagte hierzu: Er gehe davon aus, daß die Richtlinien für die Ressorts unter den Regierungschefs abgestimmt und an die Ressorts weitergegeben werden sollten.

10) Im internen deutschen Kreis erzählte der BK aus seinem vorangegangenen Vier-Augen-Gespräch mit Giscard d'Estaing noch, er habe

a) Herrn Giscard d'Estaing unterrichtet, daß er Nixon über Leber¹⁵ habe sagen lassen, er möge doch auf dem Wege nach Moskau in Europa Station machen. Wo – sei gleichgültig, Paris, Brüssel oder sonstwo.

Hierzu Giscard: Auch Frankfurt sei ihm recht: (Ob Frankfurt, ist nachzuprüfen. Rohr behauptet Frankreich.)¹⁶

b) Giscard habe den Eindruck erweckt, daß er gewisse, von Jobert erzeugte Animositäten abzubauen versuche.

c) Giscard habe sich „in fassungslosem Staunen“ über unsere Exportziffern und -überschüsse¹⁷ geäußert.

d) Giscard habe angedeutet, daß er vor Innehaltung seiner Wahlversprechen¹⁸ die schwebenden schweren Probleme anpacken müsse.

e) J. J. Servan-Schreiber (Reformminister) werde keine wesentliche Aufgabe in der Regierung ausüben, seine Funktion sei es, die parlamentarische Regierungsbasis soweit wie möglich nach links auszudehnen, so daß außerhalb von Mitterrand keine Opposition existiere.

f) Giscard habe sich „sehr offen“ über einzelne Mitglieder seiner Regierung geäußert, offener als je bisher.

g) Er habe großes Interesse an der Stabilität der Verhältnisse in der BRD bekundet, sich nach Wahlprognosen (Niedersachsen¹⁹ etc.) genauestens erkundigt.

¹⁵ Bundesminister Leber hielt sich am 31. Mai 1974 zu Gesprächen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Schlesinger in Washington auf.

¹⁶ Präsident Nixon besuchte vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 die UdSSR. Zuvor hielt er sich am 25./26. Juni 1974 anlässlich der Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel auf.

¹⁷ Die Bundesrepublik exportierte 1971 Waren im Wert von 136,011 Mrd. DM, 1972 im Wert von 149,023 Mrd. DM und 1973 im Wert von 178,396 Mrd. DM. Der Ausfuhrüberschuß stieg von 15,892 Mrd. DM (1971) über 20,278 Mrd. DM (1972) auf 32,979 Mrd. DM (1973). Vgl. dazu STATISTISCHES JAHRBUCH 1974, S. 287.

¹⁸ Botschafter Freiherr von Braun, Paris, informierte am 25. April 1974 über das Wahlprogramm des französischen Präsidentschaftskandidaten Giscard d'Estaing: „Sein Sozialprogramm ist eine wirksam präsentierte und in Teilen sehr konkret gefaßte Kopie der ‚Neuen Gesellschaft‘ Chabans unter Berücksichtigung einiger Vorschläge seiner zentristischen Partner. Generalthema: ‚Gerechtigkeit und Solidarität für die Franzosen, eine Gesellschaft mit mehr Gleichheit‘. Daraus die wichtigsten Einzelvorschläge: Altersversorgung, nach einem Jahr mindestens 20 Francs/Tag für jede alte Person; bessere Sicherung der Arbeitsplätze, Umschulung etc.; Altersversorgung für Ehefrauen; gleiche Ausbildungschancen für Schulanfänger und besserer Ausbildungsgang, auch in den Oberschulen; Gleichheit der Frauenlöhne; Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Organisation in den Betrieben durch ‚Konzertation‘, Verbesserung der Mitbestimmung der Kader bei Entscheidungen in den Betrieben; Anhebung der niedrigsten Einkommen (sollen doppelt so schnell steigen wie die höchsten Einkommen); Verringerung des Einkommensfächers und dadurch Angleichung an das Niveau der europäischen Partner; Prioritäten bei öffentlichen Investitionen, Verbesserung von Krankenhäusern und Altersheimen; Stärkung der Gebietskörperschaften, für Paris einen gewählten Bürgermeister.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1261; Referat 202, Bd. 109183.

¹⁹ Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 9. Juni 1974 erhielt die SPD 43,0% und die FDP 7,1% der Stimmen. Die CDU kam auf 48,9% der Stimmen.

11) Zur Technik gab der BK am Abend im deutschen Kreis folgende Weisungen:

- a) Herr Pöhl solle Herrn Genscher informieren.
- b) Der britische Botschafter solle heute nachmittag von Herrn Pöhl unterrichtet werden.
- c) Herr Rohr solle Herrn Ertl für den bevorstehenden Agrarrat darüber unterrichten, daß
 - wir und die Franzosen mit den Kommissionsvorschlägen betreffend Italien²⁰ einverstanden wären;
 - von Frankreich keine Gegenmaßnahmen zu erwarten seien.²¹
- d) Die Botschaft solle über die Gespräche keinen Bericht erstatten.
- e) Die Frage, in welcher Form die anderen Sieben zu unterrichten seien, blieb noch unentschieden. Neigung bestand dazu, die Botschafter in Bonn auf das BK-Amt zu bitten, damit diese ihre Minister vor dem Ministerrat vom 4. Juni 1974 unterrichten könnten.
- f) Herr Poensgen möge sich wegen eines Runderlasses an die Missionen auf dem Rückflug mit ihm unterhalten.
- g) Über das, was der Presse am Schluß des Gespräches zu sagen sei, werde er sich morgen mit Giscard verständigen.

Paris, den 31. Mai 1974

Braun

[Anlage 2]

Über seine heutige Unterhaltung mit Herrn Giscard d'Estaing (teilweise in Anwesenheit von Sauvagnargues, Pöhl und Pierre-Brossolette) erzählte mir Herr Bundeskanzler auf der Fahrt zum Flughafen folgendes:

²⁰ Am 1. Juni 1974 informierten die Referate 411 und 412 darüber, daß die EG-Kommission hinsichtlich der Einführung der italienischen Importrestriktionen vom 29. April 1974 folgende Lösung anstrebe: volle Ablösung des Bardepots für alle Agrarimporte mit Ausnahme von Rindfleisch; Abwertung der „Grünen Lira“ um 10%; Bardepotpflicht für Rindfleisch in Höhe von 25% des Warenwerts, begrenzt auf drei Monate bei gleichzeitiger Aussetzung des verbleibenden italienischen Grenzausgleichs. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 515.

²¹ Am 4. Juni 1974 beschloß der EG-Ministerrat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister in Luxemburg Maßnahmen zur Ablösung der italienischen Einfuhrbeschränkungen vom 29. April 1974. Dazu informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohms: „a) Die Bardepotpflicht erlischt für junges Mastvieh ab 10. Juni, für die übrigen Agrarprodukte binnen kurzer Frist, d. h. zu einem Zeitpunkt, den die Kommission in eigener Zuständigkeit festsetzt. Für Rindfleisch gilt eine Sonderregelung: Das Bardepot wird in halber Höhe (25 Prozent statt bisher 50 Prozent des Warenwerts) für einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt beibehalten. b) Als Gegenleistung gestand der Rat Italien eine Abwertung der ‚Grünen Lira‘ um 12,5 Prozent zu. Für Rindfleisch soll außerdem der nach der Abwertung noch verbleibende negative Grenzausgleich in Italien ausgesetzt werden.“ Dohms erläuterte weiter: „Die Entscheidung beruht auf dem Verständnis der übrigen Mitgliedstaaten für die besondere Lage Italiens. Zugleich drückt sie die Bereitschaft der nach Italien exportierenden Mitgliedstaaten (insbesondere der BR Deutschland und Frankreich) aus, eigene Exportinteressen zurückzustellen, sofern Italien sich ernstlich um eine Stabilisierungspolitik bemüht.“ Vgl. den Rund-erlaß Nr. 58 vom 5. Juni 1974; Referat 240, Bd. 102872.

1) Es sei ein ganz hervorragendes, offenes und herzliches Gespräch gewesen. Er habe sich mit Giscard erstklassig verstanden. Er werde dafür sorgen, daß bei späteren Treffen Vier-Augen-Gespräche breiteren Raum einnehmen.

2) Das von Grünewald und Pierre-Brossolette ausgearbeitete Papier diene lediglich dazu, Informationen an Dritte abzugeben (Giscard und er hätten dem Papier noch einige neue Formulierungen hinzugefügt).

3) Informierung dritter Länder:

- Pöhl – Henderson heute nachmittag,
- Sauvagnargues – Tomkins gleichfalls heute nachmittag,
- EG-Botschafter – heute durch Frankreich,
- deutsche Auslandsmissionen am Montag²² durch Runderlaß des AA, auszu-
arbeiten auf Rückflug mit Herrn Poensgen.

4) Die erste Stunde hätten Giscard und er über Verteidigung gesprochen. Hier habe er den Eindruck gehabt, daß Giscard noch etwas schwimme und die Dossiers studieren müsse. Er habe sich in dieser Sache hauptsächlich rezeptiv verhalten. Man habe aber die Lage des Bündnisses, die NATO im allgemeinen und das Problem Kissinger durchgesprochen. Er, der BK, habe sich etwas kritisch über die Force de frappe geäußert, was sich Giscard kommentarlos angehört habe. Er habe Giscard gesagt, daß das französische Heer sich von der Regierung verlassen fühle. Es müsse gestärkt werden; die französischen Soldaten würden dem Präsidenten das gleiche sagen. Auch hier habe Giscard ohne Widerspruch zugehört.

Er, der BK, habe den Eindruck, daß Giscard in den beiden wesentlichen Elementen der Verteidigung, nämlich die europäische Zusammenarbeit und das Atlantische Bündnis, eine sehr viel positivere Einstellung habe als seine Vorgänger. Jedoch müsse sich dieses erst noch herausstellen. Eurogroup sei nicht erörtert worden, Giscard's Vorstellungen gingen aber offenbar viel weiter, was die euro-amerikanische Zusammenarbeit des Bündnisses betreffe. Es sei zu hoffen, daß bei dem nächsten Gipfel²³ Giscard diesen Gefühlen bereits informierteren Ausdruck verleihen werde.

5) Die zweite Stunde sei in Gegenwart von Herrn Pöhl und Herrn Pierre-Brossolette über monetäre Fragen gesprochen worden. Giscard habe kein Hilfersuchen an uns gerichtet, aber wiederholt, daß Stabilität nicht durch Restriktionen, sondern durch interne Maßnahmen erreicht werden solle. Er habe hierzu auch einige Einzelheiten gesagt, die er, der BK, für sich behalten wolle, da Giscard ausdrücklich wegen der parlamentarischen Vorbereitung um Diskretion gebeten habe. Es würde ihn aber nicht erstaunen, wenn die Reaktion der besitzenden Schichten auf Giscard's Pläne recht negativ und erschreckt wäre.

6) Er habe den Eindruck, daß Giscard diese Zusammenarbeit auf die volle Dauer seiner Präsidentschaft angelegt habe und daß er auch spätere Unterhaltungen in der gleichen herzlichen Offenheit führen wolle.

²² 3. Juni 1974.

²³ Die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen fanden am 8./9. Juli 1974 statt. Vgl. dazu Dok. 205 und Dok. 206.

Über den Stil der Zusammenarbeit sagte er, es sei wie Tag und Nacht im Vergleich zu früheren Gelegenheiten, wo in pingeliger²⁴ Weise an den Texten herumkorrigiert worden sei.

7) Im Juli (Datum noch nicht festgelegt) sei ein neues Gipfeltreffen in Deutschland vorgesehen. Dieses solle sich im Stil von den bisherigen erheblich unterscheiden, insbesondere längere Vier-Augen-Gespräche und weniger protokollarischer Klimbim.

8) Auf meine, durch eine unklare französische Radiosendung veranlaßte Frage sagte der BK, über PZ (und Verlagerung des PZ-Sekretariats nach Paris oder anderswohin) sei nicht gesprochen worden.²⁵

Paris, den 1. Juni 1974

Braun

VS-Bd. 14054 (010)

²⁴ Korrigiert aus: „pinseliger“.

²⁵ Ministerialdirigent Poensgen und Ministerialdirektor Hiss, Bundeskanzleramt, faßten am 1. Juni 1974 die Ergebnisse der Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing in Paris zusammen: „Der BK gab im Flugzeug noch folgende interne Bewertung seines Treffens mit Giscard: 1) Es gab keinen deutschen Druck auf die Franzosen, Stabilisierungsmaßnahmen vorzunehmen. 2) Ebenfalls ohne Druck von deutscher Seite bekräftigte Giscard, daß er keinen Protektionismus wolle. 3) Giscard vermittelt den überzeugenden Eindruck, Fortschritte in der europäischen Sache anzustreben (BK hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß wir auf eine sichere Grundlage für diese Fortschritte achten müssen; das Streben Giscard nach europ[äischen] Fortschritten gilt auch für Verteidigungsfragen, obwohl hierüber noch keine klaren Vorstellungen bestehen – Giscard muß dieses Gebiet zunächst besser kennenlernen). 4) Giscard mißt dem persönlichen, direkten Kontakt nach Art der zwischen den beiden praktizierten Zusammenarbeit als Grundlage für die zukünftige Entwicklung große Bedeutung bei und will sie fortsetzen. Er hat dabei seine ganze siebenjährige Amtsperiode im Auge. BK wies ihn in diesem Zusammenhang auf das Jahr 1976 als Wahljahr in der BRD hin.“ Vgl. VS-Bd. 8850 (410); B 150, Aktenkopien 1974.

158

Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well

212-341.31-1577/74 VS-vertraulich

4. Juni 1974¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: Deutschland- und berlinpolitische Aspekte des Prinzipienkatalogs der KSZE (insbesondere im Zusammenhang mit der Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen)

Bezug: Rücksprache Dg 21³ bei Herrn Staatssekretär Frank am 14. Mai 1974

Anlg.: 1⁴

I. Zweck:

Herbeiführung einheitlicher Positionen der Bundesrepublik Deutschland und der Drei Mächte bezüglich der oben genannten Probleme als Voraussetzung einer optimalen Durchsetzung der gemeinsamen Interessen in den Genfer Verhandlungen.

II. Vorschlag:

Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit den Botschaftern der Drei Mächte gemäß beigefügtem Sprechzettel.⁵ Die Problematik sollte im einzelnen im Rahmen der ständigen Bonner Viererkonsultationen (Vierergruppe) geprüft und eine Koordination der Positionen erreicht werden, die übereinstimmende Weisungen der vier Regierungen an ihre Genfer Delegationen erlaubt.

III. Begründung:

1) Die Genfer Erörterungen über den Prinzipienkatalog sind, soweit es um die spezifischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland geht, in das entscheidende Stadium getreten. Zur Zeit steht die Klarstellung der fortdauernden Zulässigkeit friedlicher Grenzänderungen im Vordergrund, die für uns ein wesentliches Konferenzziel ist, die wir allein jedoch auch bei Fortsetzung unserer bisherigen Anstrengungen nicht in gebotener Eindeutigkeit erreichen können. Über die Placierung einer entsprechenden Aussage und ihre Formulierung, die wiederum von der Placierung abhängt, besteht noch keine Einigkeit.

Auch wird sich die Frage stellen, ob und ggf. welche generelle Klarstellung innerhalb der Prinzipiendeclaration nötig oder wünschenswert wird, daß beste-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Blech konzipiert.

² Hat Staatssekretär Gehlhoff am 5. Juni 1974 vorgelegen, der für Ministerialdirektor van Well handschriftlich vermerkte: „Die drei Botschafter werden am 7.6. um 12.00 Uhr zu mir kommen. Dg 21 sollte teilnehmen.“

Hat van Well am 6. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Blech erneut am 7. Juni 1974 vorgelegen.

³ Klaus Blech.

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Für den Sprechzettel zum Gespräch des Staatssekretärs Gehlhoff mit den Botschaftern Henderson (Großbritannien) und Hillenbrand (USA) sowie dem französischen Gesandten Lustig am 7. Juni 1974 vgl. VS-Bd. 10129 (212); B 150, Aktenkopien 1974.

⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Gehlhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Einverst[anden].“

hende (originäre) Rechte, Verträge, Vereinbarungen und Abmachungen (Problem der „practices“ in Berlin!) von der Prinzipiendeklaration nicht berührt werden bzw. nicht berührt werden können. Dies dürfte am Ende des ersten Durchgangs bei der Behandlung der sog. Dispositionsbestimmungen aktuell werden. In diesem Zusammenhang wird sich uns die Frage stellen, ob und ggf. wie seitens der Bundesrepublik Deutschland ein Interpretationsvorbehalt bezüglich der Wiedererlangung der deutschen Einheit (entsprechend den Briefen zur deutschen Einheit⁶) mit dem Konferenzergebnis verbunden werden soll. Zumindest dann, wenn wir uns für eine solche Erklärung entscheiden, wird sich für die Drei Mächte ein Interesse ergeben, ihrerseits etwas über die Unberührtheit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin auszusagen.

Auch die Erörterung, ob die Prinzipien als gleichrangig zu betrachten sind, kann in diesem Zusammenhang eine besondere Relevanz haben.

2) Ohne zweifelsfreie Wahrung der Möglichkeit friedlicher und einvernehmlicher Grenzänderungen für die Zukunft bestünde die Gefahr, daß sowohl der Vorbehalt der deutschen nationalen Option als auch die Aufrechterhaltung der daran orientierten Rechtspositionen der Bundesrepublik Deutschland und der Drei Mächte (Zielrichtung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte gemäß Artikel 7 Deutschlandvertrag⁷) an operativer Bedeutung verlieren und nur noch eine vorwiegend theoretische und optische Bedeutung annehmen würden. (Die ebenfalls wichtige europäische Option bleibt hier außer Betracht.) Wir müssen vielmehr eine Lage vermeiden, in der zwar die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte als gewahrt betrachtet werden, ihre Zielrichtung, wie wir sie unter Berücksichtigung der Verträge mit den Drei Mächten verstehen, jedoch nicht gleichermaßen durch den Prinzipienkatalog legitimiert

⁶ Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

Bundesminister Scheel nahm einen entsprechenden Abschnitt in seine Rede am 19. September 1973 vor der UNO-Generalversammlung anlässlich des UNO-Beitritts der Bundesrepublik auf: „Unser Ziel bleibt klar: Die Bundesrepublik Deutschland wird weiter auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 674.

⁷ Artikel 7 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag): „1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. 2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist. 3) (gestrichen) 4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

bleibt. In einer solchen Lage würde in für uns unerwünschter Weise der Servituten-Aspekt dieser Rechte und Verantwortlichkeiten, und zwar möglicherweise allein auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen, in den Vordergrund treten.

Im Zusammenhang mit der Vier-Mächte-Erklärung vom 9.11.1972⁸ haben wir eine solche Akzentverschiebung durch den klarstellenden Briefwechsel des Bundesministers des Auswärtigen mit den drei Botschaftern vom 4.12.1972⁹ wenigstens im Verhältnis zu den Drei Mächten ausgeschlossen.

Andererseits können wir bei einer ausreichenden Festschreibung der Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen in der Frage der Rechtswahrung bezüglich Deutschland als Ganzem eine relativ flexible Haltung einnehmen. Da durch eine solche Festschreibung die Zielrichtung jener Rechte und Verantwortlichkeiten im Sinne der deutschen Option mit dem Prinzipienkatalog insgesamt vereinbar bleibt, könnten für uns unter diesem Gesichtspunkt sowohl eine recht schwache Berücksichtigung dieser Rechte und Verantwortlichkeiten als auch verhältnismäßig starke Aussagen hierzu in Betracht kommen. In jedem Falle würden sie durch die aufrechterhaltene Zielrichtung relativiert werden. Unsere Flexibilität in dieser Frage dürfte jedoch durch das Interesse begrenzt sein, das wir selbst an einer Wahrung der Rechtsstellung der Drei Mächte in bezug auf Berlin haben. Dieser Gesichtspunkt hat bisher nicht die nötige Beachtung gefunden. Er hat unmittelbar praktische Bedeutung.

So stellt sich etwa die Frage, wie die Luftkorridore in ihrer gegenwärtigen Konstruktion, der alliierte Landzugang zu Berlin, „practices“ wie die Militärpatrouillen der Drei Mächte in Ostberlin mit einer Aussage zum Prinzip der territorialen Integrität vereinbart werden sollen, daß die an der KSZE teilnehmenden Staaten sich der direkten oder indirekten militärischen Besetzung des Gebiets eines anderen (teilnehmenden) Staates (DDR!) enthalten. Die in dieser Aussage ebenfalls enthaltene Bezugnahme auf die Satzung der VN, die als Rechtfertigung

⁸ Am 9. November 1972 erklärten die Vier Mächte: „The Governments of the United States of America, the French Republic, the Union of Soviet Socialist Republics, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, having been represented by their Ambassadors who held a series of meetings in the building formerly occupied by the Allied Control Council, are in agreement that they will support the applications for membership in the United Nations when submitted by the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic, and affirm in this connection that this membership shall in no way affect the rights and responsibilities of the Four Powers and the corresponding related Quadripartite agreements, decisions, and practices.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 623. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 6.

⁹ Am 4. Dezember 1972 wurden den Vertretern der Drei Mächte in der Bonner Vierergruppe gleichlautende Schreiben des Bundesministers Scheel an die Botschafter Henderson (Großbritannien), Hillenbrand (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) übergeben: „Während der ständigen Konsultationen, die zwischen der Bundesregierung, den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika über die Entwicklung in bezug auf Deutschland, insbesondere über die am 9. November 1972 der Bundesregierung übermittelte Erklärung der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, stattgefunden haben, kam die übereinstimmende Auffassung zum Ausdruck, daß diese Erklärung in keiner Weise den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und die damit zusammenhängenden Verträge und Dokumente vom 26. Mai 1952, in der Fassung vom 23. Oktober 1954, berührt. Ich beehre mich, Sie um eine Bestätigung dieser Übereinstimmung zu bitten.“ Vgl. VS-Bd. 8542 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, III, Dok. 388.

tigung der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes in Berlin aufgefaßt werden könnte, wirft für uns wiederum das Problem der Feindstaatenklauseln¹⁰ auf.

3) Texte zu den uns und die Drei Mächte unter diesen Aspekten besonders interessierenden Themen sollten in Genf noch im ersten Durchgang der Erörterung des Prinzipienkatalogs registriert werden. (Wir würden uns damit die Möglichkeit offenlassen, den zweiten Durchgang von Fortschritten bezüglich der vertrauensbildenden Maßnahmen abhängig zu machen. Diese noch näher zu prüfende taktische Überlegung sollte im Augenblick mit den Drei Mächten jedoch noch nicht erörtert werden.)

4) In unserer Interessenlage hat zunächst die Erreichung einer befriedigenden Aussage über die friedlichen Grenzänderungen in den Genfer Verhandlungen operativen Vorrang vor den anderen Gesichtspunkten. Dem entspricht zwar mit dem westlichen Vorbehalt, daß eine solche Aussage in den Prinzipienkatalog aufgenommen werden muß, die gegenwärtige Verhandlungslage in Genf. Jedoch fehlt es an einer klaren Haltung der westlichen Staaten bezüglich der Linie, die bei der Ausfüllung dieses Vorbehalts zu vertreten ist. Die Lage ist für uns dadurch erschwert, daß der am 5.4. d.J. unter Vorbehalt registrierte Text („The participating states consider that their frontier can be changed only in accordance with international law through peaceful means and by agreement“)¹¹ uns schon seiner Fassung nach nicht befriedigen kann. Wir müssen also nicht nur eine angemessene Placierung (was durch den gemeinsamen Vorbehalt gedeckt ist¹²), sondern auch eine neue Fassung (was lediglich durch einen einseitigen Vorbehalt der Bundesrepublik gedeckt ist¹³) durchsetzen.

Unter diesen Umständen kommt es vor allem darauf an, unter den direkt Interessierten – der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten – Übereinstimmung über die zu vertretenen Positionen herbeizuführen. Dies ist Voraussetzung einer entsprechenden Meinungsbildung unter den Neun bzw. Fünfzehn.

Die Unterstützung, die wir bisher in Genf von den Drei Mächten erfahren haben, ist uneinheitlich.

¹⁰ Artikel 53 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945: „1) The Security Council shall, where appropriate, utilize such regional arrangements or agencies for enforcement action under its authority. But no enforcement action shall be taken under regional arrangements or by regional agencies without the authorization of the Security Council, with the exception of measures against any enemy state, as defined in paragraph 2 of this Article, provided for pursuant to Article 107 or in regional arrangements directed against renewal of aggressive policy on the part of any such state, until such time as the Organization may, on request of the Governments concerned, be charged with the responsibility for preventing further aggression by such a state. 2) The term enemy state as used in paragraph 1 of this Article applies to any state which during the Second World War has been an enemy of any signatory of the present Charter.“

Artikel 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945: „Nothing in the present Charter shall invalidate or preclude action, in relation to any state which during the Second World War has been an enemy of any signatory to the present Charter, taken or authorized as a result of that war by the Governments having responsibility for such action.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 467 und S. 499.

¹¹ Zum Dokument CSCE/II/A/126 vgl. Dok. 102, Anm. 7.

¹² Am 5. April 1974 gab der Vorsitzende der Unterkommission 1 (Prinzipien) der KSZE, Campbell, folgende Erklärung ab: „Wie ich es verstehe, ist die Unterkommission übereingekommen, daß die Entscheidung über eine in einem der Prinzipien allgemein akzeptierbare Stelle für den Satz betreffend die Änderung der Grenzen mit friedlichen Mitteln (CSCE/II/A/126) zu einem späteren Zeitpunkt getroffen wird.“ Gegen die Erklärung wurde kein Einwand erhoben. Vgl. die Anlage 6 zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Groll vom 8. April 1974; Referat 212, Bd. 111534.

¹³ Für den Vorbehalt der Bundesregierung vom 5. April 1974 vgl. Dok. 140, Anm. 4.

Die Amerikaner haben bisher dem Anschein nach nicht erkannt, daß der Prinzipienkatalog der KSZE überhaupt geeignet sein könnte, die gemeinsame Position der Bundesrepublik und der Drei Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin zu beeinflussen. Sie gehen allgemein davon aus, daß vor allem Korb I für die amerikanischen Interessen unerheblich sei. Es ist uns aus der hiesigen amerikanischen Botschaft bedeutet worden, daß eine Änderung dieser Haltung nur erreicht werden kann, wenn wir unseren Standpunkt auf hoher Ebene unverzüglich mit Nachdruck vorbringen und konkrete Vorschläge zum weiteren Vorgehen machen, um entsprechende Weisungen Washingtons an die Delegation in Genf herbeizuführen.

Die britische Haltung ist aufmerksamer, aber ebenfalls in der Sache nicht wirklich engagiert. Auch hier scheint man sich der politischen Implikationen nicht voll bewußt zu sein. Das enge Verhältnis unserer Genfer Delegation zur britischen ändert daran nichts. Von hiesiger britischer Seite ist uns auch zu verstehen gegeben worden, daß wir ein stärkeres britisches Engagement nur durch Einwirkung auf London erreichen können.

Allein die Franzosen (Sauvagnargues selbst, wie wir wissen) haben das Problem erkannt. Sie sind daher bereit, uns zu unterstützen. Daß sie dabei in erster Linie nicht die Fortsetzung unserer Deutschlandpolitik, sondern die Wahrung ihrer eigenen Rechtspositionen in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin im Auge haben, braucht uns nicht zu schrecken, weil sie bereit sein dürften, gleichzeitig der Bedeutung der Zulässigkeit friedlicher Grenzänderungen in dem von uns gewünschten Sinne Rechnung zu tragen.

5) Die amerikanische und britische Haltung ist vor allem durch die Überlegung bestimmt, daß der in Vorbereitung befindliche Prinzipienkatalog nicht den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages haben wird, sondern lediglich eine politische Willensäußerung darstellen soll. Daraus würde sich ergeben, daß er seiner rechtlichen Natur nach von vornherein nicht in der Lage ist, bestehende Rechte, Verträge usw. zu berühren.

Wir und die Franzosen gehen zwar von der gleichen Wertung der rechtlichen Qualität der Prinzipiendeclaration aus. Darin erschöpft sich die Problematik jedoch nicht. Die moralische und politische Bindungswirkung einer solchen Erklärung – vor allem dann, wenn sie von Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden sollte – wird so groß sein, daß der Unterschied zu einer konkreten Rechtsnorm nur noch theoretische Bedeutung hat. Auf jeden Fall würde es politisch außerordentlich schwer sein, Vorwürfen, daß den Prinzipien zuwidergehandelt worden sei, mit dem Argument zu begegnen, sie seien rechtlich unerheblich.

Daraus folgt:

- Wir können uns nicht mit der Auffassung begnügen, daß die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen als Ausfluß der Souveränität eine Selbstverständlichkeit sei und deshalb in dem ohnehin rechtlich nicht verbindlichen Prinzipienkatalog nicht eigens erwähnt werden müsse.
- Es kann auch in unserem Interesse liegen, in den sog. Dispositionsvorschriften die Unberührtheit bestehender Rechte, Verträge usw. (hier insbesondere Deutschlandvertrag, Vier-Mächte-Abkommen, Ostverträge nebst Brief zur

Deutschen Einheit) klarzustellen, ohne daß spezifische Positionen (ausdrückliche Erwähnung der Vier-Mächte-Rechte und -verantwortlichkeiten) in der Erklärung selbst angesprochen werden. Dies könnte in einer Weise geschehen, die lediglich deklaratorisch gefaßt ist und daher unsere grundsätzliche Auffassung vom lediglich politischen Charakter der Prinzipiendeklaration nicht negativ präjudiziert.

6) Ein Verzicht auf eine Aussage über die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen ist für uns im übrigen schon deshalb nicht akzeptabel, weil das sicher im Prinzipienkatalog enthaltene Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen Ausdrucke verwendet, die auch im Moskauer Vertrag vorkommen, die bei den Verhandlungen über diesen Vertrag kontrovers gewesen sind und die daher im Vertrag selbst im Interesse einer Wahrung unserer grundsätzlichen Position sehr sorgfältig ausbalanciert worden sind. Die ausbalancierenden Elemente (Brückensatz Artikel 3, Gromyko-Erklärungen¹⁴ und Brief zur Deutschen Einheit) fehlen aber bei der Formulierung über die Unverletzlichkeit der Grenzen im dritten Prinzip des Genfer Katalogs und sind auf diesen auch nicht unmittelbar übertragbar.

7) Unter diesen Umständen ist davon auszugehen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Drei Mächte ein gemeinsames Interesse an einer befriedigenden Behandlung der gesamten Problematik im Prinzipienkatalog haben. Die bisherige Abstimmung der Positionen unter den vier Regierungen reicht zur Realisierung dieses Interesses nicht aus.

Den Drei Mächten sollte daher auf hoher Ebene vorgeschlagen werden, als Grundlage einer gemeinsamen Verfolgung dieser Interessen eine Koordinierung der Positionen vorzunehmen, die dann zu übereinstimmenden parallelen Weisungen der Außenministerien an die Genfer Delegationen führen wird. Als Rahmen hierfür bieten sich die laufenden Konsultationen in Bonn (Vierergruppe) an, wo – im Unterschied zu den Genfer Konsultationen – die notwendige Vertrautheit und Erfahrung mit den hier in Frage stehenden spezifisch deutschland- und berlinpolitischen Problemen vorhanden ist. Es sollte daher Übereinstimmung mit den drei Botschaftern hergestellt werden, die Vierergruppe mit dieser Koordination zu beauftragen. Es ergibt sich aus der Natur der Sache, daß die Zusammensetzung der Gruppe bei diesen Beratungen dem besonderen Thema Rechnung tragen müßte.

Gesprächsführungsvorschlag ist beigelegt.

8) Die Aufzeichnung wurde gemeinsam mit Referat 500 (VLR I Fleischhauer) ausgearbeitet. Herr VRB¹⁵ hat zugestimmt.¹⁶

van Well

VS-Bd. 10129 (212)

¹⁴ Für die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 29. Juli 1970 gegenüber Bundesminister Scheel sowie für Artikel 3 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 11.

¹⁵ Dedo von Schenck.

¹⁶ Am 7. Juni 1974 legte Staatssekretär Gehlhoff den Botschaftern Henderson (Großbritannien) und Hillenbrand (USA) sowie dem französischen Gesandten Lustig „das Interesse der Bundesregierung an der Herbeiführung einheitlicher Positionen der Bundesrepublik Deutschland und der Drei Mächte

159

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Hillenbrand

VS-vertraulich

6. Juni 1974¹

Vermerk über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter am 6. Juni 1974 im Bundeskanzleramt von 17.30 bis 18.40 Uhr.

Der *Botschafter* dankte, daß der Bundeskanzler für ihn Zeit gefunden habe. Er wolle nichts Bestimmtes, sondern sei daran interessiert, die Prioritäten zu erfahren, die der neue Bundeskanzler in seiner Politik zu setzen beabsichtige. Das betreffe sowohl die allgemeine Philosophie wie auch insbesondere die Krise der Europäischen Gemeinschaft.

Der *Bundeskanzler* bat den Botschafter, alles was er dazu öffentlich gesagt habe, wörtlich zu nehmen. Es gehe ihm tatsächlich um Kontinuität. Dabei gebe es gegenwärtig zwei Ausnahmen

- die Beziehungen zur DDR seien vorübergehend durch den Fall Guillaume² gestört

Fortsetzung Fußnote von Seite 676

bezüglich der deutschland- und berlinpolitischen Aspekte der KSZE unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen dar. Er betonte dabei das besondere Interesse, das der Bundesminister des Auswärtigen an diesen Fragen nimmt. Er bat die drei Missionschefs, ihren Regierungen über die große Bedeutung, die die Bundesregierung den Themen beimißt, zu berichten; er unterstrich dabei die Gemeinsamkeit der Interessenlage. Er schlug ferner eine möglichst schnelle Befassung der Vierergruppe vor. In einer kurzen Diskussion, in der die Botschafter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten lediglich Erläuterungen zu Einzelpunkten erbat und die französische Seite die Wichtigkeit und die Eilbedürftigkeit der von uns vorgeschlagenen Klärung betonte, wurde Einigkeit darüber hergestellt, daß die Vierergruppe zu Beginn nächster Woche entsprechende Beratungen aufnehmen soll.* Vgl. den Runderlaß Nr. 2318 des Ministerialdirigenten Blech; VS-Bd. 10129 (212); B 150, Aktenkopien 1974.

Zu den Beratungen in der Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 171, Anm. 15.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sanne, Bundeskanzleramt, am 7. Juni 1974 gefertigt und mit Begleitvermerk vom 10. Juni 1974 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld übermittelt.

Hat Staatssekretär Gehlhoff am 11. Juni 1974 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 528 (014); B 150, Aktenkopien 1974.

² Zur Verhaftung des Referenten im Bundeskanzleramt, Guillaume, unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit für die DDR vgl. Dok. 146, Anm. 8.

Am 5. Juni 1974 beantragte die CDU/CSU-Fraktion die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Antrag umfaßte 14 Einzelfragen, anhand derer die Hintergründe der Anstellung von Guillaume, sein Zugang zu vertraulichen Akten und die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Vorgänge geklärt werden sollten. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 191, Drucksache Nr. 7/2193.

Der Bundestag billigte den Antrag am 6. Juni 1974 bei einer Gegenstimme. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 88, S. 7107–7117.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß nahm seine Tätigkeit am 20. Juni 1974 auf. Auf seiner Sitzung am 21. Juni 1974 konnte sich der Ausschuß nicht auf einen gemeinsamen Beweisbeschluß einigen. Neben einem einstimmig angenommenen Antrag der CDU-Mitglieder, der auf die Untersuchung des Falls Guillaume zielte, wurde ferner mit den Stimmen der SPD- und der FDP-Mitglieder ein Antrag zur Einbeziehung aller Spionagefälle seit 1949 gebilligt: „Schwerpunkte der Untersuchungen werden laut beiden Beweisbeschlüssen auch die Kriterien sein, unter denen –

– die Europäische Gemeinschaft befinde sich in einer tieferen Krise denn je zuvor.

In allen anderen Dingen sei er fest entschlossen, nichts zu ändern. Er habe auch in keinem Punkt seine Meinung gewechselt, und er glaube, daß der amerikanische Außenminister ein klares Bild über ihn und seine Auffassungen haben dürfte.

Über MBFR sei er nicht mehr gut genug informiert, um jetzt darüber zu sprechen. Vielleicht werde es im Laufe der Zeit einmal nötig, darauf zurückzukommen.

Hinsichtlich der KSZE müsse man sicherstellen, daß nichts unterschrieben werde, was dem Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands schaden könnte. Im übrigen sei er der Meinung, daß ein lohnendes Schlußergebnis durch die Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden könnte. Er stelle sich vor, daß dies auch die Meinung von Präsident Nixon sei.

Der *Botschafter* meinte, darüber wisse er nichts Genaues, aber was er gehört habe, deute in diese Richtung.

Der *Bundeskanzler* kam dann auf die Lage der Europäischen Gemeinschaft zurück. Die gegenwärtige Krise sei dadurch gekennzeichnet, daß einige Staaten in den vergangenen zwei Jahren mehr verbraucht als produziert, andere mehr produziert als verbraucht hätten. Beides sei ungesund. Die wirkliche Gefahr aber gehe von den Staaten mit einem hohen Defizit aus, da hier die Hauptquelle der Inflation liege. Die Bundesrepublik sei in einer relativ guten Lage, aber man müsse mit der unvernünftigen Psychose der Bevölkerung rechnen, die eine Preissteigerung von 7,5% bereits als Katastrophe ansehe. Er sei sehr froh gewesen, daß Giscard aus eigenem Entschluß zu der Entscheidung für eine Stabilitätspolitik gekommen sei.³ Wie er allerdings dieses mit seinen früheren Wahlversprechungen in Einklang bringen werde, sei fraglich.⁴ Jedenfalls aber habe er, der Bundeskanzler, das Gefühl, daß Giscard wirkliche Anstrengungen unternehmen werde.

Frankreich und andere Mitgliedstaaten würden für eine gewisse Zeit von bestimmten Regeln der Gemeinschaft ausgenommen werden müssen, ohne damit rechtlich den Rahmen der Gemeinschaft zu verlassen. Die Briten versuchten offensichtlich, Zeit zu gewinnen und jede wichtigere Entscheidung bis nach den Wahlen zu verschieben, mit denen man im September/Oktober rechne.⁵

Auf die Frage des *Botschafters*, ob man das italienische Problem⁶ mit klassischen Mitteln lösen könne, meinte der *Bundeskanzler*, dies wisse heute niemand. Zunächst gehe es darum, durch Improvisationen den Deichbruch zu ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 677

ebenfalls seit 1949 – Beschäftigte in den Bereichen von Kanzleramt und Innenministerium eingestellt wurden und in welchen Fällen bei Einstellungen gegen Sicherheitsvorschriften verstoßen wurde.“ Vgl. den Artikel „Guillaume-Ausschuß soll Spionagefälle seit 1949 untersuchen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Juni 1974, S. 3.

³ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris; Dok. 157.

⁴ Zum sozialpolitischen Wahlprogramm des französischen Präsidentschaftskandidaten Giscard d'Estaing vgl. Dok. 157, Anm. 18.

⁵ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 10. Oktober 1974 statt.

⁶ Zur Wirtschafts- und Zahlungsbilanzsituation in Italien vgl. Dok. 157, Anm. 8.

hindern. Er traue der Bundesrepublik, Frankreich und den Benelux-Staaten zu, daß sie die Inflation in Grenzen halten, den freien Welthandel aufrechterhalten und den Gemeinsamen Markt bewahren könnten. Er sei nicht übermäßig optimistisch, aber voller Vertrauen.

Hinsichtlich der europäisch-amerikanischen Beziehungen habe Giscard gegenüber früheren französischen Positionen deutlich andere Akzente gesetzt. Man könne ihn als positiv voreingenommen gegenüber den Vereinigten Staaten bezeichnen. Er sei frei von vorfabrizierten Verhaltensweisen und suche, so informell und pragmatisch wie möglich an die Dinge heranzugehen. Dies gelte sowohl für die Fragen der Konsultation wie für die Zusammenarbeit im atlantischen Bündnis. Natürlich wolle auch er nicht Fragen europäischen Interesses einem amerikanischen Veto unterwerfen, aber die früheren Streitereien zwischen Jobert und Kissinger seien ihm deutlich peinlich.

Giscard habe Wert darauf gelegt, mit ihm, dem Bundeskanzler, unter vier Augen ausführlich auch über Verteidigungsfragen zu sprechen. Dabei habe er sich zwar nicht sehr präzise geäußert, zumal er wohl auch noch nicht voll informiert sei über das, was die französische Haltung in den letzten zwei Jahren war, aber er habe den Eindruck vermittelt, daß es ihm u. a. darum gehe, die amerikanischen und europäischen Anstrengungen zusammenzuführen.

Der *Botschafter* äußerte seinen Eindruck, daß der Bundeskanzler nicht auf ein europäisches Gipfeltreffen hinarbeite.

Der *Bundeskanzler* bestätigte dies. Er wies außerdem auf die unbefriedigende Arbeitsweise der Ministerräte in Brüssel hin, von denen es jetzt mindestens vier gebe, während im Vertrag wohl nur einer vorgesehen gewesen sei.⁷ Außerdem nähmen zu viele Personen an den Ratssitzungen teil. Er hoffe, daß Giscard seine erfrischende Einstellung zu diesen Fragen beibehalten werde. Allerdings dürfte es für Sauvagnargues schwierig sein, alte Verhaltensweisen in neue zu überführen.

Auf eine Frage des Botschafters zur Ostpolitik erklärte der Bundeskanzler, er beabsichtige, im Spätherbst nach Moskau zu fahren.⁸ Er habe nicht einfach die seinerzeit an Herrn Brandt ergangene Einladung⁹ übernehmen wollen. Es liege ihm daran, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er seine Zeit im wesentlichen den inneren Angelegenheiten zu widmen beabsichtige. Die Reise nach Paris sei eine Ausnahme gewesen wegen des bestimmenden Einflusses des deutsch-französischen Verhältnisses auf die Entwicklung in Europa und wegen der direkten Auswirkungen der europäischen Wirtschaftslage auf die Konjunktur in der Bundesrepublik. 70 % unserer Exporte gingen nach Europa, jeder fünfte Arbeitsplatz hänge vom Export ab.

⁷ Im Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) wurden die bisherigen Ministerräte der EWG, der EGKS und von EURATOM zu einem Ministerrat vereinigt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

⁸ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 309, Dok. 311–316 und Dok. 321.

⁹ Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik, Dok. 64, Anm. 12.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs gab der Bundeskanzler seiner tiefen Besorgnis über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in der Welt Ausdruck. Die anstehenden Probleme könnten nicht durch eine soundsovielte Einzelregelung im GATT gelöst werden. Er wolle nicht ausschließen, daß man künftig vermehrt multilaterale Rohstoffabkommen schließen müßte, wenn man im übrigen den Freihandel erhalten wolle. Er hoffe, daß die Vereinigten Staaten künftig wieder eine Führungsrolle auf dem Gebiet der Weltwirtschaft übernehmen würden. In diesem Zusammenhang stellte der Bundeskanzler die Frage, wer nunmehr in der Administration in Washington für Entscheidungen dieser Art zuständig sein werde. Die Stagnation stelle die Welt vor große Probleme, ebenso der fantastische Preisanstieg bei fast allen wichtigen Rohstoffen und Energiequellen.

Der *Botschafter* stellte den gegenwärtigen Übergangszustand in der Administration¹⁰ dar und meinte, man müsse noch abwarten, wie die Aufgabenverteilung endgültig sein werde.

Auf eine Frage des *Bundeskanzlers*, was das Programm Nixons für Moskau¹¹ sein werde, antwortete der *Botschafter*, daß es vermutlich nur zu Grundsatz-erklärungen, nicht aber zu materiellen Vereinbarungen in den Nuklearfragen kommen werde. Man könne auch mit einigen technischen Abkommen rechnen¹², aber mit keinem, das in seiner Bedeutung jenen vergleichbar sei, die beim ersten Besuch des Präsidenten in Moskau unterzeichnet worden sind.¹³

VS-Bd. 528 (014)

¹⁰ Am 14. März 1974 gab der amerikanische Finanzminister Shultz seinen Rücktritt bekannt; am 8. April 1974 trat der Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, Volcker, zurück. Neuer Finanzminister wurde am 9. Mai 1974 William E. Simon; als neuer Staatssekretär wurde am folgenden Tag Jack F. Bennett nominiert. Am 26. Mai 1974 ernannte Präsident Nixon Kenneth Rush zum wirtschaftspolitischen Koordinator.

¹¹ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

¹² Zu den während des Besuch des Präsidenten Nixon vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR unterzeichneten Abkommen und Verträgen vgl. Dok. 120, Anm. 15.

¹³ Während des Besuch des Präsidenten Nixon vom 22. bis 30. Mai 1972 in der UdSSR unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Nixon am 26. Mai 1972 in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Außerdem wurden am 23. Mai 1972 Abkommen über die Zusammenarbeit beim Umweltschutz sowie im Gesundheitswesen geschlossen; am 24. Mai 1972 folgten Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraums und über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und am 25. Mai 1972 ein Abkommen über die Vermeidung von Zwischenfällen auf See. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 921–927.

160

Bundeskanzler Schmidt an den amerikanischen Außenminister Kissinger

VS-vertraulich

7. Juni 1974¹

Lieber Henry,

meine kürzlichen Gespräche in Paris² haben mir den überzeugenden Eindruck vermittelt, daß Präsident Giscard d'Estaing Fortschritte in dem europäischen Einigungsprozeß anstrebt. Dies gilt für zahlreiche Felder. Ich erwarte, daß Giscard in den nächsten Monaten konkrete Vorschläge entwickeln wird. Die EG-Ratssitzungen der letzten Tage³ sind bereits durch eine größere Flexibilität der französischen Delegation gekennzeichnet gewesen.

Diese französische Haltung verbessert die Aussichten, allmählich in der europäischen Politik zu Entscheidungen zu gelangen, die im Rahmen der von der Bundesregierung immer vertretenen Grundhaltung liegen. Natürlich bleibt – unnötig, dies hier noch einmal zu sagen – unerläßliche Voraussetzung, daß alle Mitgliedstaaten die Rückkehr zur internen Stabilität der Volkswirtschaften schaffen.

In diesem Zusammenhang ist für Frankreich ebenso wie auch für andere Mitgliedstaaten die Zahlungsbilanzsituation nach wie vor äußerst kritisch. Italien steht, wie wir alle wissen, nahe vor einer Katastrophe.⁴ Für einige der Mitgliedstaaten würde es eine entscheidende Hilfe darstellen, wenn die Voraussetzungen geschaffen werden könnten, die ihnen erlaubten, ihre Goldreserven zu mobilisieren – und zwar in erster Linie als Beweis der Kreditwürdigkeit. Eine Lösung dieses Problems in der von den Finanzministern der Neun ins Auge gefaßten Richtung⁵ ist damit heute nicht mehr eine Frage ökonomischen Cha-

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, am 7. Juni 1974 an Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld mit der Bitte übermittelt, „das vorbereitete Fernschreiben so rasch als möglich“ weiterzuleiten. Das Original „würde wie üblich nachgesandt werden“.

Hat Schönfeld am 10. Juni 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) DE sofort abgesandt. 2) Ablichtungen z[ur] Unterrichtung an MB, StS, D 2, D 4.“

Hat Ministerialdirektor van Well am 10. Juni 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Simon und Referat 204 verfügte.

Hat Simon am 11. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dannenbring am 12. Juni 1974 vorgelegen. Vgl. das Belegtschreiben; VS-Bd. 9964 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

² Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris vgl. Dok. 157.

³ Zu den EG-Ministerrats tagungen am 4. Juni 1974 in Luxemburg vgl. Dok. 157, Anm. 6 und 21.

⁴ Zur Wirtschafts- und Zahlungsbilanzsituation in Italien vgl. Dok. 157, Anm. 8.

⁵ Am 22./23. April 1974 erörterten die Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten in Zeist die Frage der Verwendung der Goldreserven zur Überwindung der Zahlungsbilanzdefizite in den EG-Mitgliedstaaten. Sie sprachen sich für ein Modell aus, das es den Notenbanken erlauben sollte, Gold als Instrument des internationalen Zahlungsverkehrs einzusetzen: „Der Plan sieht vor, unter Verzicht auf eine Erhöhung des offiziellen Goldpreises von 42,22 Dollar je Feinunze im Zahlungsverkehr zwischen den Notenbanken den Austausch von Gold zu ‚marktbezogenen‘ Preisen zuzulassen. Darüber hinaus sollen neben den seit November letzten Jahres gestatteten Goldverkäufen am freien Markt auch Käufe der Notenbanken zu einem höheren als dem amtlichen Preis ermöglicht werden.“

rakters, sondern eine eminent politische. Die Alternative spitzt sich darauf zu: entweder die „Goldlösung“ oder eine Entwicklung unabsehbaren Ausmaßes in einigen westeuropäischen Staaten.

Als ich hierüber das letzte Mal mit Finanzminister Shultz sprach, waren wir uns einig, daß die amerikanische Regierung sich dieser Lösung nicht verschließen würde.⁶ Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn sie mithelfen könnten, Finanzminister Simon von der politischen Notwendigkeit dieser Lösung zu überzeugen. Es sollte erreicht werden, daß die Frage bei der bevorstehenden Sitzung der Finanzminister in Washington vom Tisch kommt.⁷ Ohne Ihre Hilfe wird das nicht möglich sein.

Wie ich Präsident Nixon bereits mitteilte, sehe ich in der Haltung des neuen französischen Präsidenten auch positive Ansatzpunkte für die atlantische Zusammenarbeit.⁸

Seine Bereitschaft zu einer gleichberechtigten Partnerschaft ist ermutigend, und ich habe mit Befriedigung gesehen, daß Sie diesen Hinweis in Ihrer kürzlichen Pressekonferenz⁹ bereits aufgriffen.¹⁰

Mit herzlichen Grüßen
stets Ihr Helmut Schmidt

VS-Bd. 9964 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 681

Die Preise der Goldoperationen der Zentralbanken würden dabei entweder über eine noch festzulegende Preisspanne oder durch einen ‚Puffervorrat‘ gesteuert, der vom europäischen Reservefonds verwaltet werden könnte.“ Vgl. den Artikel „Finanzminister über Gold einig“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. April 1974, S. 13.

⁶ Bundesminister Schmidt führte am 19. März 1974 in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Finanzminister Shultz. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 38.

⁷ Die Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe einigte sich am 11. Juni 1974 in Washington darauf, den Notenbanken künftig zu gestatten, die jeweiligen Goldreserven als Sicherheit bei der Aufnahme von Beistandskrediten zu erlauben. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Die Washingtoner Vereinbarung, der auch die Amerikaner, die sich bisher einer Aktivierung des Goldes widersetzt hatten, zugestimmt haben, bedeutet, daß Länder, die sich in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befinden und die auf dem internationalen Geldmarkt Devisen aufnehmen wollen, die Goldbestände ihrer Zentralbanken als Sicherheit und Pfand hinterlegen können, und zwar zu einem frei zu vereinbarenden Preis. Wie aus Washington zu hören ist, sei die Einigung vor allem auf Wunsch Italiens zustande gekommen.“ Vgl. den Artikel „Gold als Pfand für Beistandskredite“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Juni 1974, S. 17.

⁸ Bundeskanzler Schmidt unterrichtete Präsident Nixon mit Schreiben vom 4. Juni 1974 über seine Gespräche mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris: „Präsident Giscard d'Estaing und ich waren uns in der Dringlichkeit einig, den vollen Bestand der Gemeinschaft zu bewahren und den gegenwärtigen Prozeß der Schwächung so rasch wie möglich einzudämmen. Dabei kommt der Rückkehr zur internen Stabilität der Volkswirtschaften absolute Priorität zu. Mit besonderer Genugtuung habe ich die Versicherung des Präsidenten entgegengenommen, daß er keinen Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen beabsichtigt. [...] Zum Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten konnte ich bei Präsident Giscard d'Estaing eine kooperative Bereitschaft feststellen, die sich, so meine ich, schon bei der handelspolitischen Einigung in der vergangenen Woche in Brüssel niedergeschlagen hat. Wir beide haben die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es möglich sein wird, Sie zumindest informell zu treffen, wenn Sie sich demnächst nach Moskau begeben oder von Moskau zurückkehren.“ Vgl. VS-Bd. 9891 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

⁹ Der amerikanische Außenminister Kissinger führte am 6. Juni 1974 aus: „The dialogue that developed last year between the United States and Europe took on an extremely legalistic cast in which the form of negotiation became almost more important than the substance – at least to some of the participants in the debate. [...] Our objections to some of the tendencies which we thought had developed in Europe earlier this year were directed toward the tendency of some to define ‚European

161

Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-12387/74 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 830****Citissime****Aufgabe: 7. Juni 1974, 19.30 Uhr¹****Ankunft: 8. Juni 1974, 08.50 Uhr**

Betr.: KSZE;

hier: Konsultation im NATO-Rat am 7.6.1974

Zur Unterrichtung

I. Der NATO-Rat beriet am 7. Juni 1974 über Probleme der KSZE. An der Sitzung nahmen, mit Ausnahme von Luxemburg und Island, die Leiter/Mitglieder der Delegationen der Bündnispartner in Genf teil. Das Ergebnis der Sitzung läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Zur Lagebewertung stimmten alle Sprecher darin überein, daß der Stand der Konferenz insgesamt nicht befriedigend ist; im einzelnen waren die Bewertungen jedoch nuanciert.

2) Im Mittelpunkt der Überlegungen standen die Fragen

– weiteres taktisches Vorgehen,

– KSZE-Teil des Kommuniqués der bevorstehenden Ministerkonferenz in Ottawa.²

Fortsetzung Fußnote von Seite 682

unity' entirely in opposition to the United States. However, I believe that events of recent months have clarified conditions enormously, that the spirit in which consultation is now taking place is much more spontaneous; and I believe that the debates of last spring served a very useful purpose in recalling each side of the Atlantic to fundamentals and creating the basis for a much more constructive relationship." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 70 (1974), S. 707 f.

- 10 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 9. Juni 1974, daß der Berater im amerikanischen Außenministerium, Sonnenfeldt, mitgeteilt habe: „Der amerikanische Außenminister habe das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers mit großem Interesse gelesen. Er bäte jedoch um dessen Verständnis, wenn er im Augenblick nicht direkt intervenieren könne. Die Angelegenheit sei zu komplex, um kurzerhand (with one shot) geklärt zu werden. Es müßten dazu vielfältige Überlegungen angestellt werden, zu denen Kissinger angesichts seiner Abreise am 10.6. zu seinem Bedauern keine Zeit mehr finden werde. Erst nach Abschluß seiner bevorstehenden Reisen (Naher Osten, Ottawa, Moskau) werde er sich der Frage mit der notwendigen Sorgfalt annehmen können. Bei dieser Sachlage bäte er auch um Verständnis, wenn er zur Zeit von einer schriftlichen Beantwortung des Briefs des Herrn Bundeskanzlers absehe und sich auf die vorstehende mündliche Reaktion beschränke.“ Mit der Bitte um besonders vertrauliche Behandlung habe Sonnenfeldt hinzugefügt: „Kissinger bäte den Herrn Bundeskanzler von folgendem auszugehen: Falls das Ergebnis der Tagung der Finanzminister uns nicht voll befriedigen sollte, werde dies nicht notwendigerweise das letzte Wort von amerikanischer Seite sein. Kissinger beabsichtige solchenfalls, die Angelegenheit nach seiner Rückkehr aus Moskau, d. h. im Juli, mit Simon, Burns und anderen hier verantwortlichen Persönlichkeiten aufzunehmen. Man werde dann sehen, zu welchen Ergebnissen man gelangen könne. Auf meine Rückfrage, ob Kissinger somit besorgt sei, eine Intervention seinerseits könne ihr Ziel verfehlen, falls sie ohne ausreichende Kenntnis des Dossiers vorgenommen würde, meinte Sonnenfeldt, daß die Antwort in der Tat in diesem Sinne zu verstehen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1710; VS-Bd. 9964 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Groll am 11. Juni 1974 vorgelegen.

² Für Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 vgl. Dok. 183, Anm. 3.

Im allgemeinen wurden bekannte Positionen der Bündnispartner dargelegt.

Zum weiteren Vorgehen bestand nahezu Einmütigkeit, daß sich die Bündnispartner von der Maxime: „Flexibilität und Festigkeit“ leiten lassen sollten. Der KSZE-Teil des Kommuniqués in Ottawa soll nach mehrheitlicher Meinung den unbefriedigenden Stand der Konferenz aufzeigen, gleichzeitig aber darauf hinweisen, daß alle Bündnispartner sich weiterhin nachdrücklich für einen erfolgreichen und befriedigenden Verlauf der Konferenz einsetzen werden.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des amerikanischen Sprechers (Sprechzettel wird als Anlage vorgelegt³), der sich nachdrücklich dafür einsetzte, alle Optionen in Genf offenzuhalten und die Konferenz im größeren Zusammenhang der Entspannungspolitik zu sehen.

Der deutsche Sprecher erläuterte die Ansicht der Neun auf der Basis der Ergebnisse des Politischen Komitees vom 28.5.1974.⁴ Er unterrichtete die Bündnispartner darüber, daß nach der EPZ-Ministerkonferenz in Bonn am 10./11.

³ Dem Vorgang beigelegt. Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Sherer, führte in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 7. Juni 1974 in Brüssel aus: „We believe that our problems in Geneva should not cause us to lose sight of the fact that CSCE is only one of several projects which we all hope will contribute to the process of détente. We in the United States continue to see this conference as a modest, but important, step forward within the broad framework of détente, and I believe this attitude is shared by most of the governments represented here. This process of détente has included other multilateral negotiations, for example on Berlin and, currently, on MBFR, as well as the development of our bilateral relations with the USSR and its allies. It is easy for those of us who are involved in CSCE to see it as a summation of détente, at once its test and its climax. For our part, we have no such ambitions for CSCE, and our expectations regarding possible conference results are tempered by the broader perspective of détente. We believe the West should work for positive results in CSCE, but at the same time we should not set our goals unrealistically high. [...] As for the thoughts which have recently been expressed on the timing of the end of phase II and the convening of phase III, we would hope to keep all options open as long as possible. For our part, we have not yet ruled out any scenarios, and consider that all possibilities remain open. Moreover, we believe that any Western decision which may have an effect on the timing of the conclusion of CSCE – such as proposals for recess, postponement, or interruption of stage II – may have far-reaching ramifications, and should therefore be reviewed carefully in capitals and in this Council before action is taken.“ Vgl. VS-Bd. 10127 (212); B 150, Aktenkopien 1974.

⁴ Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 27./28. Mai 1974 statt. Zur KSZE hieß es im Ergebnisprotokoll: „Il constate que l'état actuel des négociations de Genève est très peu satisfaisant et qu'il y a lieu de réagir à cet état de choses, sans toutefois dramatiser la situation. Le Comité Politique est convenu de ce qui suit: a) Stratégie générale: Le Comité Politique suggère que les ministres, lors de leur réunion des 10 et 11 juin à Bonn, fassent état de leurs préoccupations. Le Sous-Comité a été chargé de préparer le projet d'une prise de position publique sur les grandes lignes de la politique suivie par les Neuf à la CSCE. Le Comité Politique mettra au point le projet lors du déjeuner précédant la réunion ministérielle. Les pays de la Communauté membres de l'alliance tiendront compte de ces orientations lors de la préparation du communiqué d'Ottawa. [...] b) Méditerranée: Le Comité Politique a chargé la Présidence d'informer le département d'état au niveau le plus élevée possible de ce que les Neuf continuent à donner la préférence à une déclaration séparée pour répondre aux préoccupations des pays méditerranéens non-participants à la Conférence. Elle indiquera que les Neuf comprennent que leurs divergences avec les Etats-Unis ne portent pas sur la substance des points contenus dans les Textes élaborés par eux. En outre, la Présidence portera à la connaissance du département d'état les éléments que les Neuf ont recueillis concernant l'attitude d'Israël et des autres pays méditerranéens non-participants envers cette idée, éléments qui semblent permettre d'écarter certaines inquiétudes américaines. Il est prévu que les ministres des affaires étrangères des Neuf débatteront de cette question les 10 et 11 Juin.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2158 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von der Gablentz vom 29. Mai 1974; VS-Bd. 9896 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

Juni 1974 möglicherweise die Position der Neun der Öffentlichkeit erläutert werde.⁵

3) Von den Sachfragen der KSZE wurden angesprochen:

– Friedlicher Wandel

Hierzu warnte der kanadische Sprecher vor einer zu frühen Festlegung der Bündnispartner hinsichtlich des Prinzips, dem dieser Gedanke angefügt werden solle.⁶

– Vertrauensbildende Maßnahmen (CBM)

Ausgehend von dem durch uns eingeführten Papier⁷ wurde die Notwendigkeit einer schnellen Erarbeitung einer Bündnisposition hervorgehoben. Einige Sprecher warnten davor, sich zu stark auf das Element des geographischen Anwendungsbereichs solcher Maßnahmen zu konzentrieren.

– Mittelmeer⁸

Hierzu kam es zu einem kurzen Meinungsaustausch zwischen dem amerikanischen und italienischen Sprecher.

4) Das Ergebnis der Sitzung wird der Generalsekretär in einem PO zusammenfassen und der Ministerkonferenz in Ottawa zuleiten.

II. Im einzelnen:

1) Zur Bewertung der Lage der Konferenz hob der norwegische Sprecher das schon Erreichte auf dem Gebiet von Korb II und hinsichtlich der Prinzipien hervor. Demgegenüber kritisierte er den völlig unbefriedigenden Stand bei den CBM und in Korb III. Auch der amerikanische Botschafter⁹ betonte die Punkte, in denen man schon etwas erreicht habe. Demgegenüber vertraten der belgische, griechische und niederländische Sprecher die Ansicht, daß in den für die Bündnispartner wesentlichen Fragen noch keinerlei positive Ergebnisse vorlägen. Der niederländische Sprecher meinte, in verschiedenen Bereichen habe man seit der Osterpause deutliche Rückschritte gemacht.

2) Zum weiteren Vorgehen in Genf fand die Position der Neun weitgehend Unterstützung. Der niederländische Botschafter¹⁰ meinte, die Bündnispartner hätten kaum eine andere Wahl, als die Verhandlungen fortzusetzen, nachdem sie in dem für den Osten wesentlichsten Punkt, Unverletzlichkeit der Grenzen, bereits nachgegeben hätten. Bei dieser Sachlage werde ein Abbruch der Konferenz zu Lasten des Westens gehen.

Zur Frage des Zeitpunktes einer dritten Phase betonten alle Sprecher die Notwendigkeit, daß vorher „befriedigende Ergebnisse“ erzielt worden seien. Der amerikanische Sprecher betonte nachdrücklich, daß man dabei den gesamten Bereich der Entspannungspolitik einschließlich anderer multilateraler und bilateraler Unternehmen im Auge behalten müsse. Die Ausführungen des briti-

⁵ Vgl. dazu die Pressekonferenz des Bundesministers Genscher am 11. Juni 1974; Dok. 171, Anm. 13.

⁶ Zur Frage der Plazierung des Aspekts der friedlichen Grenzänderung in einer KSZE-Prinzipienerklärung vgl. Dok. 140.

⁷ Für die Stellungnahme der Bundesregierung zu den vertrauensbildenden Maßnahmen, die am 31. Mai 1974 im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene eingeführt wurde, vgl. Dok. 156.

⁸ Zur Frage einer Mittelmeer-Deklaration im Rahmen der KSZE vgl. Dok. 155, Anm. 10.

⁹ Donald Rumsfeld.

¹⁰ Abraham Frans Karel Hartogh.

schen Sprechers machten deutlich, daß man britischerseits einer Verlängerung der Konferenz über die Sommerpause¹¹ hinaus sehr skeptisch gegenübersteht. Eine „Marathonkonferenz“ werde sicherlich für die Osteuropäer größere Vorteile haben, da sie schon unter administrativen Gesichtspunkten ein solches Unternehmen besser durchstehen könnten als die Bündnispartner. Demgegenüber hob der kanadische Sprecher hervor, daß man die Möglichkeit einer Vertagung berücksichtigen müsse.

3) Zum Kommuniqué der bevorstehenden Ministerkonferenz meinte der norwegische Sprecher, man müsse sich dabei von dem Prinzip der „flexible response“¹² leiten lassen. In dem Kommuniqué sollten auch bestimmte wesentliche Sachfragen, vielleicht unter Bezugnahme auf die Schlußempfehlungen von Helsinki¹³, angesprochen werden. Der dänische Botschafter¹⁴ hob die Notwendigkeit hervor, in klarer und fester Sprache die Position des Westens im Kommuniqué zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei polemisch zu werden. Die Erfahrung zeige, daß man im Kreml auf eindeutige und feste westliche Positionen reagiere. Der dänische Sprecher setzte sich dafür ein, im Kommuniqué auch Probleme aus Korb III anzusprechen und ihre Bedeutung für den Gesamtzusammenhang der Entspannungspolitik hervorzuheben.

4) Vertrauensbildende Maßnahmen:

Ich habe unser Papier erläutert und insbesondere auf die Notwendigkeit hingewiesen, in der zweiten Konferenzphase eine befriedigende Lösung zu finden. Der norwegische Sprecher erklärte, es seien bisher keinerlei substantielle Fortschritte im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen gemacht worden. Die Haltung der östlichen Seite sei gekennzeichnet durch Unbeweglichkeit und Mißtrauen. Die NATO-Staaten sollten ihre Position unmißverständlich vertreten und der Sowjetunion klarmachen, welch große Bedeutung sie den vertrauensbildenden Maßnahmen im Hinblick auf ein befriedigendes Ergebnis der Sicherheitskonferenz beimäßen. Der amerikanische Sprecher sagte, bisher seien die Verhandlungen in diesem Bereich frustrierend und negativ verlaufen. Offensichtlich seien auch die Neutralen nicht bereit, von ihren Vorstellungen, die noch weiter als die der NATO gingen, Abstriche zu machen. Der von den NATO-Staaten geforderte Anwendungsbereich sei vernünftig, offenbar aber für die Sowjetunion nicht akzeptabel. Für die weiteren Verhandlungen forderte er von der Allianz eine klare Konzeption und absolute Solidarität. Auch der niederländische Sprecher erklärte, die NATO müsse bald eine klare Verhandlungsposition erarbeiten. Er äußerte Zweifel an der Nützlichkeit des Beharrens auf dem Konzept „whole of Europe“, wenn man von vornherein wisse, daß es für die Sowjets unannehmbar sei, es sei denn unter der Bedingung, nur Manöver sehr großer Einheiten, z. B. ganzer Armeen, anzukündigen. Der französische Sprecher hob hervor, daß die drei wesentlichen Kriterien der CBM

¹¹ Die KSZE in Genf wurde am 26. Juli 1974 unterbrochen. Die Verhandlungen wurden am 2. September 1974 wiederaufgenommen.

¹² Zum strategischen Konzept MC 14/3 („flexible response“) vgl. Dok. 94, Anm. 7.

¹³ Für den Wortlaut der Schlußempfehlungen der multilateralen Vorgespräche für die KSZE vom 8. Juni 1973 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 593–607.

¹⁴ Anker Svart.

- Anwendungsbereich,
- Größe der Verbände,
- Frist für die Notifizierung,

gleichwertig seien. Die zu starke Betonung eines einzelnen Elements müsse zu einem unausgewogenen Ergebnis führen. Diesen Gesichtspunkt unterstützte der niederländische Sprecher.

Der türkische Sprecher wies noch einmal auf die Bedeutung hin, die seine Regierung der Einbeziehung amphibischer Einheiten beimesse.

[gez.] Krapf

VS-Bd. 10127 (212)

162

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Ortoli

105-46.A/74 geheim

11. Juni 1974¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Juni 1974 um 12.00 Uhr den Präsidenten der Europäischen Kommission, M. Ortoli, in Anwesenheit von StS Schüler zu einer 1 1/2stündigen Unterredung.²

Nach der Begrüßung wies der Herr *Bundeskanzler* darauf hin, daß sich die Europäische Gemeinschaft gegenwärtig in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung im Jahr 1967³ befinde, was M. Ortoli bejahte. Man dürfe daher keine Zeit verlieren und sollte sich gleich den sachlichen Fragen zuwenden. Da er vor zwei Tagen Giscard d'Estaing gesehen habe, wäre es nützlich, wenn M. Ortoli zunächst etwas über seine Eindrücke über seine Gespräche in Paris⁴ wie auch über Giscard's Beurteilung der Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler vor zehn Tagen⁵ und die Lage der Gemeinschaft sagen würde.

Präsident *Ortoli* antwortete, von Giscard habe er den gleichen Eindruck wie der Herr Bundeskanzler: Er sei bereit, etwas zu tun, und zwar zunächst in Frankreich selbst. Wenn die ersten Schritte nicht in den jeweiligen Ländern unternommen würden, könne Europa nicht helfen. Giscard sei bereit, hart zu

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 12. Juni 1974 gefertigt.

² Der Präsident der EG-Kommission, Ortoli, hielt sich anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 in Bonn auf.

³ Mit Inkrafttreten des Vertrags vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) am 1. Juli 1967 wurden EWG, EURATOM und EGKS zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengelegt.

⁴ Der Präsident der EG-Kommission, Ortoli, hielt sich am 7. Juni 1974 in Paris auf.

⁵ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/ 1. Juni 1974 in Paris vgl. Dok. 157.

arbeiten, um die Inflation im eigenen Land zu bekämpfen und Wege für eine bessere europäische Zusammenarbeit im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich zu suchen. Dies gelte auch für den politischen Bereich, wenn er – Ortoli – auch darüber mit Giscard diesmal nicht gesprochen habe. Er kenne ihn aber gut genug – sie stammten beide aus der gleichen Schule – um zu versichern, daß der französische Präsident bereit sei, sich stark für Europa einzusetzen mit einigen Einschränkungen, die wohl mehr oder weniger die gleichen seien, wie die des Herrn Bundeskanzlers.

Die Gemeinschaft stehe vor ernsten wirtschaftlichen und politischen Problemen, wobei die wirtschaftlichen – so wichtig die politischen seines Erachtens für England seien – den Vorrang hätten.

Was England betreffe, habe er – Ortoli – einen schlechten Eindruck. Die britischen Probleme seien schwer zu verstehen. Eine gewisse Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage lasse sich vielleicht durch das Vorhandensein des „Platzes London“ erklären, auf dem im Bedarfsfall genügend Geld verfügbar sei. Wer sich jedoch mit den Hintergründen der Dinge befasse, sei sich im klaren darüber, daß England, wenn es nicht besser gegen die Inflation angehe und sich um Stabilität bemühe, bald einen Preis dafür bezahlen müsse. Dies gelte im übrigen auch für alle anderen Länder. Die Bundesrepublik habe zwar die besten Erfolge in der Bekämpfung der Inflation erzielt; wenn die anderen nicht mitzögen, könnten diese Erfolge aber durch protektionistische u. a. Maßnahmen beeinträchtigt werden. Man müsse daher gemeinsame Überlegungen anstellen.

Auf europäischer Ebene könne man zwar etwas tun, jedoch nicht das Wesentliche. Dieses müsse von jedem Land selbst unternommen werden. Seiner Auffassung nach könne Europa aber denen helfen, die sich zuerst selbst helfen, wobei man auch den psychologischen Aspekt der Aktion berücksichtigen müsse. Es gebe Punkte, in denen man zusammenarbeiten sollte, um Konflikte zwischen den Politiken zu vermeiden. Dies gelte für die Entwicklung in Frankreich wie in England.

Auf die Frage, ob Giscard in seinem Gespräch mit Ortoli über die „Schlange“⁶ gesprochen habe, antwortete dieser, die Währungsschlange sei von Giscard mit keinem Wort erwähnt worden. Mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Fourcade sei die Frage einer besseren Verbindung zwischen der Schlange und den anderen Währungen erörtert worden. Er selbst – Ortoli – habe das Thema nicht von sich aus angeschnitten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, Frankreich sei eher unsicher in bezug auf seine zukünftige währungspolitische Fähigkeit, in der einen oder anderen Weise in die Schlange zurückzukehren.⁷ Daher werde das ganze Thema zur Zeit wohl umgangen.

M. *Ortoli* meinte, daß Frankreich nicht wieder in die Schlange zurückkehren werde – ein Eindruck, den auch der Herr Bundeskanzler teilte. Er – Ortoli – glaube aber, daß die französische Regierung zur Vorbereitung des nächsten Schrittes anstrebe, eine bessere Verbindung zwischen der Schlange und dem

⁶ Zur europäischen „Währungsschlange“ vgl. Dok. 23, Anm. 4.

⁷ Zur Freigabe des Wechselkurses des Franc am 19. Januar 1974 vgl. Dok. 23.

Franc herzustellen. Giscard habe wohl noch keine endgültige Entscheidung getroffen, wolle sich aber vorerst etwas mehr Spielraum sichern. Er – Ortoli – werde demnächst erneut mit Fourcade über dieses Thema sprechen.

Ein Mittel zur Bekämpfung der Instabilität könnte die Einrichtung eines „Solidaritätssystems“ (frz. „dispositif de solidarité“) sein. Hilfe aus diesem System sollten jedoch nur diejenigen erhalten, die eigene Anstrengungen unternähmen. Es gehe nicht darum, Geldmittel „à fonds perdu“ zur Verfügung zu stellen.

Als er vor einiger Zeit mit Colombo über die italienischen Schwierigkeiten gesprochen habe, habe er diesem gesagt, die Kommission sei bereit, Italien zu helfen unter der Voraussetzung, daß seine Regierung die erforderlichen Maßnahmen selbst einleite. Colombo habe ihm sehr deutlich geantwortet, er sei sich im klaren darüber, daß Italien nicht um Unterstützung bitten könne, bevor es nicht nachweisen könne, daß es eine Eigenleistung erbringe. Jetzt habe Colombo – durch den Rücktritt der Regierung Rumor⁸ – nicht mehr die Möglichkeit, die Beweisführung anzutreten.

Präsident Ortoli führte weiter aus, die Bundesregierung könne mit ihren klaren Vorstellungen und ihrem Willen für die Arbeit der Europäischen Kommission wichtige Impulse geben. Er denke dabei nicht an einen finanziellen Beitrag seitens der Bundesrepublik, sondern an eine vermehrte Anzahl von Sitzungen zur Besprechung der erforderlichen Maßnahmen. Es gebe aber seiner Auffassung nach keinen „europäischen Schlüssel“ zur Lösung der derzeitigen Probleme. Die Gemeinschaft könne nur die eigenen Initiativen der verschiedenen Länder unterstützen.

In bezug auf Italien stehe man vor einem wirtschaftlichen und politischen Problem. Er glaube, daß man Italien helfen sollte, aber die derzeitigen Verhältnisse im Lande böten dazu – wenn es dort auch einzelne, einsichtige Menschen gebe – noch keine geeigneten Voraussetzungen. Colombo habe dies verstanden und jetzt ein gutes Programm aufgestellt. Wenn es zur Durchführung gekommen wäre, hätte die Gemeinschaft – wenn auch nicht im finanziellen Bereich – Italien helfen können.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte hierzu, bisher sei jede italienische Regierung, die Ratschläge von der Kommission oder dem Ministerrat akzeptiert habe, gestürzt. Italien sei nicht bereit, Ratschläge von Außenstehenden entgegenzunehmen oder zu befolgen; eher nehme es einen Regierungswechsel in Kauf. Im völkerrechtlichen Sinn sei es zwar ein Staat, in Wirklichkeit aber könne man heute nicht von einem verlässlichen Staat in Italien sprechen. Wenn man es

⁸ Am 10. Juni 1974 trat die Regierung unter Ministerpräsident Rumor zurück, nachdem sich die Koalition zuvor nicht auf Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft hatte einigen können. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Während sich die Sozialistische Partei entschieden gegen jede Politik wehrte, die ihrer Meinung nach steigende Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und außerdem noch eine Lockerung der Kreditbremse verlangte, lehnten die Christlichen Demokraten dies mit Nachdruck ab. Der christdemokratische Handelsminister Colombo forderte vielmehr mit Unterstützung der Bank von Italien spürbare Restriktionsmaßnahmen, vor allem Kreditbremsen und Steuererhöhungen.“ Vgl. den Artikel „Italiens Regierung zerbricht im Streit über die Lösung der schweren Wirtschaftskrise“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Juni 1974, S. 1. Am 13. Juni 1974 lehnte Staatspräsident Leone das Rücktrittsgesuch ab und forderte die Regierung auf, „im höheren Interesse des Landes unter ihren Mitgliedern eine Einigung über die umstrittenen Probleme herzustellen“. Vgl. den Artikel „Die Regierung Rumor bleibt vorerst im Amt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Juni 1974, S. 1.

auch nur mit Zögern ausspreche, so sei wahrscheinlich die einzige Chance, in Italien wieder eine zuverlässige Regierung zu bilden, das Eingehen einer Koalition mit den Kommunisten.

M. Ortoli bemerkte, daß dies wahrscheinlich in zwei bis drei Monaten der Fall sein werde, wenn Italien noch einmal so handle, wie es in den letzten Tagen geschehen sei. Italien sei tatsächlich kein Staat und habe keine Verwaltung, im Gegensatz zu Frankreich vor de Gaulle, wo es zwar keinen echten Staat, aber eine solide Verwaltung gegeben habe.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, daß er sehr gern vor dem Deutschen Bundestag und der öffentlichen Meinung zugunsten einer Hilfe für Italien eintreten würde, wenn er zeigen könnte, daß Italien etwas tue, um aus eigenen Kräften seine Lage wirksam zu verbessern. Jetzt stehe man de facto – wenn auch nicht de jure – vor einem Ausscheiden Italiens aus dem Gemeinsamen Markt. Es sei aber nicht möglich, Italien von außen her etwas aufzuzwingen.

M. Ortoli wies darauf hin, daß er am kommenden Samstag und Montag⁹ in Italien mit einigen Persönlichkeiten Kontakte aufnehmen werde. Er erwarte allerdings nicht, daß es ihm gelingen werde, sie von seinen Ansichten zu überzeugen. Hinsichtlich der Lage in der italienischen Sozialistischen Partei bestätigte M. Ortoli die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß es dort keinen prominenten Leader gebe. Giolitti sei zwar ein guter Fachmann, aber keine hervorragende Persönlichkeit. In der Democrazia Cristiana dagegen gebe es eher zu viele gute Männer.

M. Ortoli brachte dann das Gespräch auf die Lage in Großbritannien und führte dazu aus, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden dem Land noch lange zu schaffen machen. Man stehe jedoch auch vor einem politischen Problem. Als er vor einem Monat Callaghan und Wilson gesprochen habe¹⁰, habe er allerdings den Eindruck gewonnen, daß sie europabewußter geworden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an ein Gespräch mit Callaghan im April und an den Bericht von Außenminister Genscher über die Konferenz in Luxemburg¹¹. Die Tatsache, daß Giscard und er selbst – der Herr Bundeskanzler – nicht nur zusammen arbeiteten, sondern dies auch nach außen deutlich machten, veranlasse die britische Regierung wohl dazu, eine weniger herausfordernde Haltung einzunehmen. Je enger die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris sein werde, desto vorsichtiger würden die Briten.

⁹ 15. bzw. 17. Juni 1974.

¹⁰ Der Präsident der EG-Kommission, Ortoli, führte am 14. Mai 1974 Gespräche mit Premierminister Wilson und dem britischen Außenminister Callaghan in London. Dazu wurde in der Presse berichtet, Ortoli habe vor allem zwei Eindrücke gewonnen: „First, the British government does not intend, as was feared earlier, to ignore its obligations under the Treaty of Rome and the Treaty of Accession and, second, despite the difficulties of ‚renegotiation‘, Britain will stay in the Common Market. For his part, Mr. Ortoli made it clear to Prime Minister Harold Wilson and Foreign Secretary James Callaghan that other EEC member nations would not tolerate any revision of the basic treaties on which the community is founded. In other respects, however, the rest of the EEC will go to considerable lengths to give Britain satisfaction, or, at least, not give the Labor government a good excuse for taking Britain out of the nine-member grouping.“ Vgl. den Artikel „EEC Circles Expect Britain to Stay In“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 15. Mai 1974, S. 2.

¹¹ Bundesminister Genscher berichtete am 6. Juni 1974 vor dem Bundestag über die EG-Ministerrats-tagung am 4. Juni 1974 in Luxemburg. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 88, S. 7119 f.

Der Herr Bundeskanzler schlug vor, daß man der Reihe nach über die einzelnen Länder der Europäischen Gemeinschaft sprechen solle.

Was Deutschland betreffe, so sei die politische und wirtschaftliche Lage zur Zeit gut. Nachdem die Regierungsparteien die Wahlen in Niedersachsen gewonnen hätten¹², könne man davon ausgehen, daß die innenpolitische Situation in den kommenden 2 1/2 Jahren stabil bleiben werde. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet sei die psychologische Wirkung der drastischen Maßnahmen vom Mai¹³ noch spürbar. Das Produktions- und das Beschäftigungsniveau seien deutlich unter den Stand von 1973 gebracht worden. Dies habe aber nicht zu Härten geführt, weil die deutschen Exporte weiter gestiegen seien, so daß man heute enorme Ausfuhrüberschüsse habe.¹⁴ So habe sich der deutsche Handelsbilanzüberschuß gegenüber Italien in den ersten drei Monaten 1974 im Vergleich zu 1973 verachtfacht und der Überschuß der Handelsbilanz gegenüber Frankreich von Januar bis März 1974 gegenüber der Vergleichszeit 1973 vervierfacht. Dies bedeute, daß die Konjunktur und die Beschäftigungslage in der Bundesrepublik in entscheidendem Maße vom Export abhingen. Andererseits seien Ausfuhrüberschüsse sehr ungesund. Wenn die Exporte gesenkt würden, so könnte man vor die Notwendigkeit gestellt werden, zu wählen zwischen einem etwas geringeren Beschäftigungsstand und etwas mehr Inflation. Selbstverständlich werde über eine derartige Alternative nicht gesprochen, bevor dies notwendig sei. Die deutsche Öffentlichkeit sei krankhaft empfindlich gegenüber jeder Inflation. Selbst eine Inflationsrate von 7 %, wie sie seit Monaten unverändert bestehe, werde als zu hoch betrachtet ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß die Inflationsrate in den übrigen Ländern des Gemeinsamen Marktes mehr als doppelt so hoch sei.

Was Frankreich betreffe, so sei er – der Herr Bundeskanzler – sehr erleichtert darüber, daß Giscard beschlossen habe, Deutschland nicht um währungspolitische oder finanzielle Unterstützung zu bitten, sondern versuchen werde, seinen eigenen Weg zu gehen. Giscard habe auch von sich aus erklärt, daß er keine Maßnahmen zur Handelsbeschränkung treffen werde. Allerdings ergebe sich für ihn – den Herrn Bundeskanzler – eine offene Frage: Er könne sich schwer vorstellen, wie ein Mann – so begabt er auch sein möge – in Frankreich ein wirtschaftliches Stabilitätsprogramm durchführen könne nach den Wahlversprechen¹⁵, die Giscard gemacht habe, wenn er 49 % der Bevölkerung gegen sich habe. Er wünsche Giscard natürlich Erfolg, habe aber einige Zweifel an seinen Möglichkeiten. Man werde in der Bundesrepublik alles tun, um öffentlich zu unterstreichen, daß er den richtigen Weg eingeschlagen habe, frage sich aber doch, wie dies gegen 49 % der Bevölkerung, die Gewerkschaften und linken Kräfte zu bewerkstelligen sei.

¹² Bei den Wahlen zum niedersächsischen Landtag am 9. Juni 1974 erreichte die SPD 43,0 % und die FDP 7,1 % der Stimmen. Die CDU kam auf 48,9 % der Stimmen.

¹³ Am 9. Mai 1973 verabschiedete die Bundesregierung ein zweites Stabilitätsprogramm, in dem u. a. eine restriktive Kreditpolitik, eine zehnprozentige Stabilitätsabgabe, eine Investitionssteuer, haushalts-, handels-, wettbewerbs- und verbraucherpolitische Maßnahmen vorgesehen waren. Vgl. dazu BULLETIN 1973, S. 487–492.

¹⁴ Zum Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik vgl. Dok. 157, Anm. 17.

¹⁵ Zum sozialpolitischen Wahlprogramm des französischen Präsidentschaftskandidaten Giscard d'Estaing vgl. Dok. 157, Anm. 18.

M. Ortolí hielt die Zweifel des Herrn Bundeskanzlers nicht für unberechtigt, wies jedoch darauf hin, daß die jetzige französische Regierung von starken Kräften getragen sei. Fourcade sei ein ausgezeichnete Mann und habe großen Erfolg in den industriellen Kreisen.

Zu der Lage in Großbritannien führte der Herr *Bundeskanzler* aus, Wilson werde wohl so geschickt manövrieren, daß es bald zu Neuwahlen kommen werde, um eine Mehrheit im Unterhaus zu erzielen. Er habe jedoch Zweifel, ob Wilson die richtigen Schlußfolgerungen ziehen werde: Erstens wisse er nicht, ob Wilson nach der Erlangung einer Mehrheit bereit sei, wirklich harte Maßnahmen zu treffen, und zweitens glaube er nicht, daß Wilson bisher die britischen Interessen auf lange Sicht genügend analysiert habe. Er – der Herr Bundeskanzler – sei überzeugt davon, daß England im Falle eines Austritts aus dem Gemeinsamen Markt zu einer drittrangigen Macht werden würde. Es brauche den Wettbewerb im eigenen Land. Es wäre sehr kurzsichtig, wenn England aus dem Gemeinsamen Markt ausscheiden würde in der Annahme, daß es sich auf das Commonwealth stützen könne.

In diesem Zusammenhang erinnerte M. Ortolí an zwei Gespräche, die er mit Peter Shore – der eine sehr mystische Auffassung vom Commonwealth zu haben scheine – und mit Denis Healey privat geführt habe. Er habe versucht, seinen Gesprächspartnern verständlich zu machen, daß England auf lange Sicht verloren sei, wenn es sich dem dynamischen Gemeinsamen Markt nicht anschließe. Ein Festhalten an dem Commonwealth sei nicht mehr zeitgemäß.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte diesen Standpunkt und führte weiter aus, in den Beneluxstaaten sei die wirtschaftliche Lage mehr oder weniger ausgeglichen. Die Inflationsrate sei zwar etwas zu hoch, aber dies stelle kein besonderes Problem dar. Die Lage sei grundlegend gesund, auch wenn Deutschland etwas unter den dortigen Handelsbeschränkungen leide.

Dänemark sei ein Problem. Innenpolitisch sei das Land verletzbar. Die dänische Gesellschaft konsumiere mehr, als sie produziere, wie dies in Italien der Fall sei. In Dänemark sei dies aber nicht so schlimm, weil die Regierung, obwohl es sich um eine Minderheitsregierung handle¹⁶, doch stark sei. Zu Irland könne er – der Herr Bundeskanzler – sich nicht äußern, weil er die dortige Lage zuwenig kenne.

Zusammenfassend könne man also sagen, daß die Lage in Italien sehr schlecht sei. In Dänemark sei sie schlecht, aber die Probleme seien nicht unlösbar. Frankreich sei im Grunde genommen sehr gesund; es habe einen – im klassischen Sinn – gesunden Haushalt. Er habe großes Vertrauen in die französische Wirtschaft. Eine Frage ergebe sich für ihn nur in bezug auf die mit der Wirtschaft verbundenen politischen Probleme. Frankreich und Deutschland sollten so eng wie möglich zusammenarbeiten und dies in der Öffentlichkeit sogar noch stärker zeigen, als es den Tatsachen entspreche. Auf währungspolitischem Gebiet z.B. seien die Möglichkeiten begrenzt. Man müsse aber nach außen hin Harmonie bekunden.

¹⁶ Nach den Parlamentswahlen in Dänemark am 4. Dezember 1973 gelang es Ministerpräsident Jørgensen nicht, eine Koalitionsregierung zu bilden. Am 18. Dezember 1973 bildete Poul Hartling eine Regierung, die ausschließlich aus Vertretern der Liberalen Partei bestand.

Anfang Juli werde er – der Herr Bundeskanzler – Tindemans¹⁷ sehen und später auch den Uyl¹⁸. Er glaube, daß alle fünf Länder (Bundesrepublik, Frankreich und Benelux) eng zusammenarbeiten und Signale für eine größere wirtschaftliche Stabilität setzen sollten, da sie sich in einer besseren Lage als die anderen Länder befänden. Für Frankreich sei es vielleicht nicht so leicht, die Inflationsrate unter 12 % zu bringen; er glaube aber, daß Belgien und Holland auf der gleichen Linie wie jetzt bleiben und eine Steigerung vermeiden könnten. Die Bundesrepublik habe zur Zeit eine Rate von 7,1%; man könne davon ausgehen, daß sie in den nächsten zwei Jahren ca. 8% betragen werde.

Die genannten fünf Länder hätten den gleichen Willen und die gleichen Ziele. Es sei nicht sicher, daß dies auch für England gelte – zumindest nicht vor den Neuwahlen. Italien halte er für verloren.

Die Schlußfolgerung, die er hieraus ziehe, sei folgende: Angesichts dieser Sachlage sei er bereit, den Bundestag, die Bundesregierung und die öffentliche Meinung zu größeren Opfern für Frankreich, falls nötig, für Belgien und Holland, vielleicht auch für Dänemark, falls nötig, aufzufordern. Er glaube aber nicht, daß er gegenwärtig Opfer zugunsten von Italien verlangen könne, um so mehr als es z.Z. keine Regierung habe. Es müßte in Rom ein Wunder geschehen, damit die deutsche Öffentlichkeit sich zu Opfern für Italien bereit erkläre, da man dieses Land für ein Faß ohne Boden halte. In bezug auf England wäre es vielleicht nicht so schwierig, weil die Engländer in Deutschland viele Sympathien besäßen und man ein größeres Vertrauen in die britische Fähigkeit, die eigenen Probleme zu lösen, habe.

M. Ortolì antwortete, daß er den Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers verstehe und ihn teile. Seit drei Monaten, besonders aber im vergangenen Monat, habe er allen italienischen Politikern, mit denen er zusammengekommen sei – nicht öffentlich, aber privat – immer wieder gesagt, Italien könne von der Gemeinschaft nicht das Unmögliche erwarten. Es müsse zunächst selbst die erforderlichen innen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen treffen. In bezug auf England seien die Dinge komplexer: Er sei sich über den Standpunkt Wilsons und Healeys nicht recht im klaren.

Der Herr Bundeskanzler erklärte hierzu, Healey, den er seit 20 Jahren kenne, sei in einer schwierigen Lage. Erstens habe er innerhalb der Labour-Partei nie eine klare Haltung zu der EWG eingenommen, und Wilson wisse, daß Healey beeinflusbar sei. Zweitens habe Healey sich bisher nie mit finanziellen Problemen befaßt. In der Wirtschaftspolitik sei er ein „newcomer“. Aus eigener Erfahrung wisse er – der Herr Bundeskanzler – daß man mindestens ein halbes Jahr Einarbeitungszeit brauche, wenn man ein neues Ressort übernehme. Healey sei infolgedessen nicht in der Lage, in so kurzer Zeit Entscheidungen zu treffen.

M. Ortolì bestätigte diese Beurteilung: Healey habe ihm gesagt, er sei noch dabei, „die Probleme zu identifizieren“; es gehe ihm darum, zwei bis drei Punkte zu finden, bei denen die gemeinsamen Interessen klar ersichtlich seien.

¹⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Tindemans am 3. Juli 1974 vgl. Dok. 194.

¹⁸ Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident den Uyl trafen am 23. Juni 1974 an der niederländischen Grenze zu einem Gespräch zusammen.

Auf eine Frage des Herrn *Bundeskanzlers* nach Roy Jenkins antwortete M. *Ortolì*, dieser sei z. Z. Innenminister und habe in dieser Eigenschaft – obwohl es im britischen Kabinett ein besonderes Ressort dafür gebe – auch viel mit dem Nordirlandproblem zu tun. Er sei also mit innenpolitischen Fragen vollauf beschäftigt, so daß man in der Europapolitik in absehbarer Zeit nicht mit ihm zählen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* brachte dann das Gespräch auf die Weltwirtschaft im allgemeinen: Ohne es zu wissen, befinde man sich bereits mitten in einer Weltwirtschaftskrise. Man stehe vor einer doppelten Bedrohung: Inflation und Rezession – ein Fall, der noch in keinem Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaft behandelt worden sei. Dies sei auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Erstens die von den USA infolge der weltweiten Zahlungsbilanzdefizite verursachte Inflation und zweitens die Ausnützung dieser Lage durch die ölproduzierenden arabischen Länder, gegenüber denen Frankreich – im Gegensatz zu Kissinger – eine falsche, nachgiebige Politik betrieben habe. Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods¹⁹, das globale Floaten, hätten zu einer verringerten Sensibilität der Regierungen gegenüber der Inflation geführt. Viele versuchten auf andere Lösungen auszuweichen, anstatt die Inflation zu bekämpfen. Dies sei die Kehrseite des globalen Floatens. Nachdem der Erfolg der arabischen Ölpreiserhöhungen erkennbar geworden sei, seien andere Rohstoffpreise entsprechend erhöht worden (Kupfer, NE-Metalle, Wolle usw.). Es werde nie möglich sein, wieder zu den ursprünglichen Preisen für diese Rohstoffe zurückzukehren. Die Verdoppelung der Preise führe zu einer grundlegenden Veränderung der „terms of trade“, was bedeute, daß die wichtigsten Industrieländer darunter noch jahrelang leiden werden. In der Bundesrepublik seien die Reallöhne im letzten Jahr nur um 1 1/2 Prozent gestiegen; in anderen Ländern seien Lohnsenkungen zu erwarten. Drittens, der Euro-Markt werde vermutlich zusammenbrechen. Viele auf dem Euro-Markt aufgenommene langfristige Kredite seien nur kurzfristig finanziert: Es sei mit einer Reihe von Bankzusammenbrüchen zu rechnen, usw. Innerhalb des GATT würden lange Diskussionen über Detailfragen geführt, die nichts mit dem eigentlichen Problem, um das es gehe, zu tun hätten: der Gefährdung des Freihandels. Am meisten seien die Länder betroffen, deren Bruttosozialprodukt vom Außenhandel abhängig sei.

M. *Ortolì* unterstrich, daß in dieser Hinsicht die Länder der EG den größten Gefahren ausgesetzt seien. Daher sollten sie das Heft in die Hand nehmen. Er – Ortolì – sei mit jedem Wort, das der Herr Bundeskanzler gesagt habe, einverstanden. Seine Analyse der Situation sei die gleiche. Auf die Frage, was man tun könne, gebe es nur eine Antwort: eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa, den USA und auch Japan. Für ihn sei die Frage der Beziehungen zu Amerika kein „theologisches Problem“. Beide Seiten hätten gemeinsame Interessen, wobei Europa noch mehr Interessen habe als die USA.

¹⁹ Vom 1. bis 23. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich dies: Europas Abhängigkeit vom Außenhandel sei fünfmal größer als die der USA.

Man müsse nun sehen, was man tun könne. Er selbst – Ortoli – habe ein kleines Papier über die Stabilitätsfrage im Zusammenhang mit anderen Punkten vorbereitet, über die er am Donnerstag²⁰ zu sprechen habe. Allerdings sei er der Auffassung, daß derartige Fragen nicht in einem zu großen Kreis erörtert werden sollten. Es sei ein Unding, wenn an einer sog. „ultra-restreinte“-Sitzung 78 Personen teilnähmen.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Seiner Auffassung nach wäre es das Beste, wenn M. Ortoli zunächst einzelne Personen wie Giscard, ihn selbst und auch Wilson, Tindemans, den Uyl aufsuchen würde. Es sei fraglich, ob ein Besuch in Rom, solange es dort keine Regierung gebe, nützlich sein könnte. Die produktivste Sitzung, an der er als Finanzminister vor zwei Jahren teilgenommen habe, sei eine – im übrigen unbekannt gebliebene – Zusammenkunft von je zwei Franzosen (mit Giscard), zwei Deutschen, zwei Amerikanern und zwei Engländern gewesen.²¹ Er halte ferner häufige private Besuche in den führenden Ländern der „Schlange“ für zweckmäßig ohne bürokratischen Apparat. An den Tagungen sollten jeweils nur die Minister und zwei Mitarbeiter, darunter der Präsident der Zentralbank, teilnehmen, wenn möglich nicht mehr als zwölf Personen. Wichtig erscheine ihm, daß die Kommission ihre Vorschläge zunächst mit den einzelnen Regierungen bespreche.

Als er vor zehn Tagen mit Giscard zusammengekommen sei, habe dieser ihn gefragt, was aus den Ministersitzungen in Luxemburg und Brüssel werden solle. Sie seien beide davon überzeugt, daß es katastrophal wäre, wenn die jetzige Praxis der verschiedenen Ministerräte (Außenminister, Davignon-Gruppe²², Landwirtschafts-, Finanz- und Wirtschaftsminister) und auch die Gipfelkonferenzen in der bisherigen Form fortgesetzt würden. Es könne dabei nicht eine so wirksame Arbeit geleistet werden, wie man es wünschte. Giscard und er selbst sähen bisher allerdings noch keine Lösung. Sie würden im Juli erneut über dieses Problem sprechen.²³ Die von Pompidou im Herbst 1972 einberufene Gipfelkonferenz²⁴ sei verheerend gewesen, da die Staats- und Regierungschefs dort unter dem Einfluß der Diplomaten Resolutionen beschlossen hätten, die keinen Bezug zur Wirklichkeit hätten. In Kopenhagen hätten die „Kaminge-

²⁰ 13. Juni 1974.

²¹ Vgl. dazu die Treffen der sogenannten „Library Group“; Dok. 181, Anm. 24.

²² In dem am 27. Oktober 1970 auf der EG-Ministerratstagung in Luxemburg verabschiedeten Bericht der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 20. Juli 1970 über mögliche Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung (Davignon-Bericht) wurden regelmäßige Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten beschlossen. Anstelle der Ministertagungen war ebenfalls die Einberufung einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs möglich, „wenn nach Ansicht der Minister schwerwiegende Umstände oder die Wichtigkeit der anstehenden Themen dies rechtfertigt“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 522.

²³ Die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen fanden am 8./9. Juli 1974 statt. Vgl. dazu Dok. 205 und Dok. 206.

²⁴ Staatspräsident Pompidou lud die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 15. September 1972 zur Gipfelkonferenz nach Paris ein. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1972, II, S. 69.

Zur Konferenz am 19./20. Oktober 1972 vgl. Dok. 19, Anm. 4.

sprache“ im vergangenen Dezember²⁵ auch zu keinem Ergebnis geführt, weil die Teilnehmer oft keine ausreichende Kenntnis über die behandelten Themen gehabt hätten. Es sei sinnlos, Massenversammlungen zu veranstalten. Man sollte es eher abstellen auf diejenigen, die die Entscheidung über das Schicksal jedes Landes in der Hand hätten und ihre Entscheidungen auch durchsetzen könnten. Der in einigen Ländern stattgefundene Personenwechsel biete zugleich auch eine Chance für sachliche Änderungen: Giscard sei – im Gegensatz zu Pompidou, Brandt und Heath – ein ökonomisch denkender Mensch.

Was Denis Healey betreffe, erklärte M. Ortolí, daß er nicht sehe, wo dessen Stärke liege, aber hoffe, daß er sich auf Grund seines Geschicks und seines Talents bald einarbeiten werde. Zur Zeit fehle ihm aber der notwendige „background“.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, wer in Belgien der starke Mann sei, antwortete M. Ortolí, dies sei Tindemans, der sich als ehemaliger Parteifunktionär eine starke Position verschafft habe. Was die Niederlande betreffe, so seien sowohl Ministerpräsident den Uyl wie auch Finanzminister Duisenberg starke Männer, wobei man die besondere verfassungsrechtliche Position des Ministerpräsidenten berücksichtigen müsse, der nur eine Art von „primus inter pares“ sei.

Nachdem der Herr *Bundeskanzler* bemerkt hatte, daß der niederländische Außenminister van der Stoep wohl keine besonderen Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet habe, was auch für Sauvagnargues gelten dürfte, fragte er nach der Position von Chirac.

M. Ortolí antwortete, er selbst habe Chirac in die Politik gebracht. Er sei sicher mehr Politiker als Wirtschaftler, habe aber gut fundierte wirtschaftliche Kenntnisse. Fourcade sei ein ausgezeichnete Wirtschaftler.

Nach einigen Bemerkungen über die Vertreter der Bundesrepublik in der Europäischen Kommission fragte der Herr *Bundeskanzler* anschließend nach den Qualitäten der verschiedenen Kommissionsmitglieder.

M. Ortolí erwiderte zunächst, daß es im Grunde genommen sechs Kommissionsmitglieder zuviel gebe, um wirklich gute Arbeit zu leisten. Er hob besonders die ausgezeichnete Leistung des dänischen Kommissars Gundelach (Binnenmarkt und Zollunion) hervor und erwähnte ferner Simonet (Belgien – Steuern, Finanzen und Energie) und Lardinois (Niederlande – Landwirtschaft). Nach dem Einfluß von Soames in London befragt, sagte M. Ortolí: „Soames ist in erster Linie Soames.“ Er habe zumindest gute Verbindungen zu London. Das gleiche gelte auch für Thomson, den jeder gern leiden möge. Was die demnächst fällige Nachfolge eines der deutschen Kommissare betreffe, so sei ihm bekannt, daß diese Posten in Deutschland nicht besonders begehrt seien. Trotzdem bitte er den Herrn *Bundeskanzler* darum, einen „guten Mann“ zu entsenden. Es komme ihm nicht so sehr auf das „parlamentarische Geschick“, sondern darauf an, daß es ein Mensch mit dem erforderlichen Weitblick sei. Es sei

²⁵ Am 14./15. Dezember 1973 fand in Kopenhagen eine Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 422.

sehr mühsam, wenn man innerhalb der Kommission manchmal stundenlang diskutiere, ohne Probleme zu berühren, die wirklich entscheidend seien.²⁶

Im Zusammenhang mit letzterer Bemerkung erwog der Herr *Bundeskanzler* den Gedanken, ob der französische Staatspräsident als Ranghöchster im europäischen Kreis nicht von Zeit zu Zeit die maßgebenden Persönlichkeiten der verschiedenen Länder privat und informell außerhalb des Elysée-Palastes zu einem Abendessen mit anschließendem Gespräch einladen könnte. Er sei sich der damit verbundenen Schwierigkeiten und Empfindlichkeiten bewußt, halte derartige Begegnungen aber für eine besonders wirksame Methode, um die Dinge voranzubringen.

M. *Ortoli* griff den Gedanken auf und sagte zu, daß er ihn in der kommenden Woche in einem Gespräch mit Giscard in geeigneter Weise zur Sprache bringen werde.

Bundeskanzleramt, AZ.: 21-30100 (56), Bd. 40

163

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger in Bad Reichenhall

11. Juni 1974¹

Aktennotiz über das Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und Außenminister Kissinger am 11. Juni in Bad Reichenhall²

Bundesminister übermittelte eingangs die Grüße des Herrn Bundeskanzlers und sprach seinen Dank dafür aus, daß es zu diesem Treffen gekommen sei und er die Möglichkeit habe, mit AM Kissinger dieses Gespräch zu führen.

²⁶ Am 5. November 1974 billigte das Kabinett die Ernennung von Guido Brunner (FDP) zum Mitglied der EG-Kommission. Am 12. November 1974 ernannten die Ständigen Vertreter Brunner als Nachfolger von Ralf Dahrendorf zum EG-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Bildung sowie für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften mit einer Amtszeit bis zum 5. Januar 1977.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dannenbring am 14. Juni 1974 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 16. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Kinkel am 18. Juni 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Gehlhoff und Sachs sowie an die Parlamentarischen Staatssekretäre Moersch und Wischniewski verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vertraulich“.

Hat Gehlhoff am 20. Juni und Sachs am 21. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Wischniewski am 26. Juni 1974 vorgelegen.

² Der amerikanische Außenminister Kissinger kam aus Salzburg, wo er sich mit Präsident Nixon vom 10. bis 12. Juni 1974 aufhielt, zum Gespräch mit Bundesminister Genscher nach Bad Reichenhall.

Zum Gespräch zwischen Genscher und Kissinger im größeren Kreis vgl. Dok. 171. Vgl. dazu ferner GENSCHER, Erinnerungen, S. 217–219 und S. 222–225.

AM Kissinger erwähnte in seiner Erwiderung, er hoffe, BM könne eine Einladung zu einem Besuch in Washington nach dem 15. Juli annehmen. Anlässlich dieses Besuchs sollte auch ein Gespräch mit Präsident Nixon vorgesehen werden.³

AM Kissinger erzählte, er habe gerade eine sehr beachtete Pressekonferenz abgehalten, in der er praktisch seinen Rücktritt erklärt habe für den Fall, daß der Verdacht seiner Verwicklung in die Watergate-Affäre⁴ nicht zurückgenommen würde.⁵ Er sei nicht bereit, sich zu einer Watergate-Figur abstempeln zu lassen. Er habe mit der ganzen Sache nichts zu tun gehabt. Der AM schilderte dann noch weitgehend die gegenwärtige Anti-Kissinger-Kampagne.

Auf die Frage des *Ministers*, warum Kissinger gerade jetzt attackiert werde, erwiderte Kissinger: Es sei zunächst versucht worden, den Präsidenten selbst zu stürzen. Der Präsident habe sich halten können, und man versuche nun, den Präsidenten über ihn, Kissinger, zu attackieren. Diese Angriffe gingen in dieselbe Richtung wie die Attacken gegen seine Außenpolitik, die auch von Anhängern dieser Politik geführt würden, nur weil der Präsident sie betreibe. AM Kissinger äußerte aber die Meinung, daß er als AM gestärkt aus der Pressekonferenz hervorgegangen sei. Er hoffe, dieser Anti-Kissinger-Kampagne damit ein Ende bereitet zu haben.

Bundesminister⁶ kam auf den Brief des Bundeskanzlers zu sprechen zum Thema „Goldreserven“.⁷ BM legte seine Besorgnis zu der Situation Italiens dar und führte aus, durch den Rücktritt der Regierung Rumor⁸ sei die Möglichkeit, Italien zu Hilfe zu kommen, erschwert worden. Er halte eine positive amerikanische Antwort für dringend notwendig.

³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 24. bis 27. Juli 1974 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 225.

⁴ Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 120, Anm. 16.

Bei der Überprüfung der von Präsident Nixon am 29. April 1974 zur Verfügung gestellten bearbeiteten Abschriften von Tonbändern ergaben sich Diskrepanzen zu Tonbändern, die dem Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses bereits vorlagen. Im Rahmen der Ermittlungen stand ferner die juristische Auseinandersetzung im Mittelpunkt, ob es dem Präsidenten unter Berufung auf das „executive privilege“ gestattet war, aus Gründen der nationalen Sicherheit und der notwendigen Vertraulichkeit von Gesprächen Beweismaterial von einem Strafverfahren fernzuhalten.

⁵ Der amerikanische Außenminister nahm am 11. Juni 1974 in Salzburg zu Vorwürfen der amerikanischen Presse Stellung, er habe – entgegen früherer eidlicher Aussagen – von der Überwachung der Telefonanschlüsse seines Mitarbeiterstabs aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ gewußt bzw. sie angeordnet: „Frage: Herr Minister, Sie scheinen sagen zu wollen, wenn diese Kampagnen nicht eingestellt werden, werden Sie zurücktreten. Darf man Ihren Worten das entnehmen? Kissinger: Hier geht es mir nicht um eine Kampagne. Es kommt auf die Wahrheit an. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter diesen Voraussetzungen weiterzuführen, wenn der Charakter und die Glaubwürdigkeit des Außenministers in Frage gestellt werden. Und wenn das nicht geklärt wird, werde ich zurücktreten. [...] Ich habe geglaubt, alles tun zu müssen, um die inneren Spaltungen in diesem Lande zu heilen. Ich habe geglaubt, alles tun zu müssen, um die Würde der amerikanischen Wertvorstellungen zu bewahren und es zu ermöglichen, daß die Amerikaner stolz darauf sein können, wie sie im Ausland vertreten werden. Ich kann das nur tun, wenn meine Ehre intakt ist, und die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, mir vertrauen zu dürfen. Wenn das nicht gewährleistet ist, dann kann ich meine Pflichten nicht mehr erfüllen, und in diesem Fall werde ich sie sofort an eine Persönlichkeit abgeben, die weniger als ich öffentlichen Angriffen ausgesetzt ist.“ Vgl. KISSINGER, Memoiren 1973–1974, S. 1307 und S. 1309.

⁶ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „AM Kissinger“.

⁷ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 7. Juni 1974 an den amerikanischen Außenminister Kissinger vgl. Dok. 160.

⁸ Zum Rücktritt der Regierung unter Ministerpräsident Rumor am 10. Juni 1974 vgl. Dok. 162, Anm. 8.

AM Kissinger stimmte dem zu. Er habe vorgehabt, diese Angelegenheit nach seiner Rückkehr aus dem Nahen Osten⁹ mit den zuständigen Stellen in Washington zu besprechen. Er fragte, ob er BM so verstehen müsse, daß dies zu lange dauern würde?

Bundesminister bejahte diese Frage und wiederholte, daß es uns sehr angenehm sei, wenn Kissinger uns möglichst bald in den Besitz einer positiven amerikanischen Stellungnahme setzen könne. Kissinger versprach, sich dieser Sache gleich nach seiner Rückkehr nach Salzburg anzunehmen und uns über Botschafter Hillenbrand zu informieren.

Bundesminister setzte das Gespräch damit fort, daß er darauf hinwies, er spreche mit Kissinger als amtierender Präsident der EG¹⁰ und als deutscher Außenminister. Als amtierender Präsident der EG möchte er schon an dieser Stelle sagen, daß das „Gentlemen's Agreement“ über die Konsultationen¹¹ mehr sei als eine bloß formelle Einigung und daß von allen Seiten,¹² auch von den Franzosen, sehr viel guter Wille investiert worden sei. Aus diesem Grund bitte er AM Kissinger, das Problem zur Mittelmeererklärung im Rahmen der KSZE¹³ auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und hier bereits einen ersten Anwendungsfall guter Konsultation zu schaffen. BM könne sich nicht vorstellen, daß es sich hier um einen fundamentalen Grundsatz der amerikanischen Politik handele. Er sei der Meinung, die Sache sei es wert, einen Versuch eines erfolgreichen Anwendungsfalls des Konsultationsverfahrens zu unternehmen.

Kissinger erwiderte, wenn das¹⁴ nicht heißen solle, daß Konsultationen bedeuten, daß die Vereinigten Staaten die jeweilige¹⁵ europäische Meinung übernehmen müßten, so habe er keine besonderen Einwendungen, wobei es sich hier für ihn persönlich nicht um eine Prinzipienfrage handele. Aber er müsse sich

⁹ Der amerikanische Außenminister hielt sich mit Präsident Nixon vom 12. bis 14. Juni in Ägypten, am 14./15. Juni in Saudi-Arabien, am 15./16. Juni in Syrien, am 16./17. Juni in Israel und am 17./18. Juni 1974 in Jordanien auf.

¹⁰ Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

¹¹ Zur Vereinbarung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission, Ortolí, vom 20./21. April 1974 über Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten vgl. Dok. 168.

¹² An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „besonders“.

¹³ Zur Frage einer Mittelmeer-Deklaration im Rahmen der KSZE vgl. Dok. 155, Anm. 10. Am 11. Juni 1974 vermerkte Vortragender Legationsrat Gehl: „Die Neun hatten uns als Präsidentschaft beauftragt, das State Department auf höchstmöglichem Niveau zu unterrichten, daß die Neun weiterhin einer gesonderten Erklärung zum Mittelmeer den Vorzug geben, um den Interessen der an der Konferenz nicht teilnehmenden Mittelmeerländer Rechnung zu tragen [...]. Diese Intervention erfolgte am 30. Mai 1974. Eine Antwort steht noch aus. Die Außenminister der Neun haben daher am 10.6.1974 beschlossen, daß wir als Präsidentschaft die Gelegenheit des Gesprächs mit Außenminister Kissinger benutzen, um die amerikanische Reaktion zu erfahren. [...] Unabhängig von den sachlichen und formellen Argumenten ist die Frage einer gesonderten Mittelmeererklärung auf der KSZE zwischen den Neun und USA zu einer Prestigeangelegenheit geworden, die weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinausgeht. Die Neun fürchten vor allem, daß die arabischen Mittelmeeranrainer diese Frage zum Testfall machen könnten, ob die Neun ihre Initiative gegen den Willen der USA durchsetzen können.“ Vgl. Referat 212, Bd. 111513.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „es“.

¹⁵ Die Wörter „die jeweilige“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine“.

mit seinen Kollegen in Washington beraten und werde diesen Punkt in Ottawa¹⁶ anschneiden¹⁷.

Bundesminister erwiderte, man solle nicht warten, und man ist so verblieben, daß der amerikanische Botschafter den Minister bis 11.00 Uhr am Mittwochmorgen¹⁸ unterrichten würde.

AM Kissinger sagte, er habe die KSZE nicht erfunden. Er sei bemüht, sie möglichst ohne schädigende Nachwirkung zu Ende zu bringen.

Bundesminister führte aus, in der Substanz gehe es uns bei der KSZE darum, daß der Grundsatz des „peaceful change“ gewahrt werden müsse. Dasselbe gelte für die vertrauensbildenden Maßnahmen und die Fragen des humanitären Bereichs.

Kissinger beklagte sich über die Kritik, die die Entspannungspolitik in den Vereinigten Staaten erfahren habe.

Bundesminister sagte, bei uns sei dazu folgendes festzustellen: Das Bündnis und die amerikanische Anwesenheit in Europa finden bei uns außerordentlich positive Beachtung. Dies sei z. B. mehr als früher jetzt wieder bei Wahlreden zutage getreten; man habe da feststellen können, daß das Atlantische Bündnis nicht nur keinen Widerspruch ausgelöst, sondern Unterstützung gefunden habe. Die Entspannungspolitik würde unvermindert von der Öffentlichkeit bejaht, wenn auch vielleicht manche Äußerungen von Regierungsseite in den schweren Zeiten der Vertragsdiskussionen während des Wahlkampfes 1972¹⁹ dazu beigetragen haben mögen, daß die Erwartung zu hoch angesetzt worden sei. BM äußerte die Meinung, daß nach der hoffentlich schnellen Ratifizierung des Vertrags mit der ČSSR²⁰ die Streitigkeiten um die Ostverträge beendet

¹⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa vgl. Dok. 183.

¹⁷ Der Passus „und werde ... anschneiden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „ob er diesen Punkt in Ottawa anschneiden solle“.

¹⁸ Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 12. Juni 1974, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hartman, habe am Vormittag mitgeteilt, „daß Außenminister Kissinger die amerikanische Position im Anschluß an das Gespräch mit dem Herrn Bundesaußenminister in Bad Reichenhall geändert habe. Die amerikanische Seite sei nunmehr bereit, eine Mittelmeerdeklaration im Rahmen der KSZE zu akzeptieren, und werde auch nicht mehr darauf insistieren, daß der Text gegebenenfalls aufgeteilt und in andere Konferenzinstrumente eingefügt wird. Der amerikanische Vertreter im NATO-Corpus in Genf und Botschafter Hillenbrand würden in diesem Sinne instruiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1746; B 150, Aktenkopien 1974.

Zur Unterrichtung durch den amerikanischen Botschafter Hillenbrand am 12. Juni 1974 vgl. Dok. 171.

¹⁹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 19. November 1972 statt.

²⁰ Die Bundesregierung leitete am 7. März dem Bundesrat und am 20. März 1974 dem Bundestag das Gesetz zum Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR zu. Für den Wortlaut vgl. BR DRUCKSACHEN 1974, Bd. 2, Drucksache 77/74, bzw. BT ANLAGEN, Bd. 188, Drucksache Nr. 7/1832.

Der Bundesrat lehnte am 8. März 1974 auf Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein den Vertrag ab. Vgl. dazu BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 402. Sitzung, S. 59–65.

Der Bundestag beriet das Ratifizierungsgesetz in erster Lesung am 27. März 1974 und in zweiter Lesung am 19./20. Juni 1974. Am 20. Juni 1974 nahm der Bundestag in namentlicher Abstimmung das Gesetz mit 232 gegen 190 Stimmen an. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 87, S. 6006–6044, bzw. Bd. 88, S. 7389–7435 und S. 7439–7460.

Am 21. Juni 1974 rief der Bundesrat auf Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein den Vermittlungsausschuß an, der die Anrufung am 27. Juni 1974 zurückwies. Vgl. dazu BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 407. Sitzung, S. 238–243.

würden, da Regierung und Opposition in den das Verteidigungsbündnis und die Europapolitik betreffenden Fragen übereinstimmen. Wo es um die erfolgreiche Anwendung der Verträge gehe, liege es auch im wohlverstandenen innenpolitischen Interesse der Opposition, mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

Bundesminister hat daraufhin das Thema „Umweltbundesamt“ angeschnitten. AM *Kissinger* erklärte dazu, die amerikanische Haltung sei hier unverändert; er begrüße es sehr, daß man einen Modus gefunden habe, um zukünftig derartige Vorhaben in bezug auf Berlin abzustimmen.²¹

In diesem Zusammenhang habe *Bundesminister* gefragt, was denn nach AM *Kissingers* Ansicht das Ziel der sowjetischen Berlin-Politik sei.

Auf die Gegenfrage *Kissingers*, wie denn BM dies sehe, hat *Bundesminister* erwidert, seiner Ansicht nach wolle die Sowjetunion versuchen, sich hier zumindest alles offen zu lassen.

Kissinger habe dazu gesagt, das Wort „zumindest“ würde er sehr unterstreichen. Er sei der Meinung, man müsse damit rechnen, daß die Sowjetunion zu irgendeinem Zeitpunkt die Politik der Auszehrung Westberlins wieder aufnehmen könnte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 700

Vgl. dazu ferner die Meldung „Keine Einigung im Vermittlungsausschuß“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Juni 1974, S. 1.

Der Bundesrat beschloß daraufhin in einer Sondersitzung am 1. Juli 1974, gegen das Ratifizierungsgesetz Widerspruch nach Artikel 77 Absatz 3 des Grundgesetzes einzulegen. Vgl. dazu BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 409. Sitzung, S. 301 f. Für den Wortlaut des Widerspruchs vgl. BT ANLAGEN, Bd. 192, Drucksache 7/2325.

Am 10. Juli 1974 wies der Bundestag mit 262 gegen 167 Stimmen den Widerspruch zurück. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 88, S. 7633–7642.

Die Bundesversammlung der ČSSR verabschiedete am 15. Juli 1974 einstimmig den Vertrag. Vgl. dazu den Artikel „ČSSR verabschiedet Prager Vertrag“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. Juli 1974, S. 1.

- ²¹ Am 12. März 1974 vermerkte Ministerialdirigent Simon, daß Präsident Nixon Bundeskanzler Brandt mit Schreiben vom 21. Februar 1974 auf die Bedeutung von Konsultationen über Aktivitäten und Initiativen der Bundesregierung in Berlin (West) hingewiesen habe. Die USA hätten daraufhin in der Bonner Vierergruppe den Entwurf einer Übereinkunft über einen Konsultationsmechanismus zwischen der Bundesregierung und den Drei Mächten in Berlin-Fragen vorgelegt. Der Entwurf umfasse den Modus der Konsultationen und präzisiere die Bereiche, für die eine Konsultationspflicht der Bundesregierung bestehen solle. Vgl. dazu VS-Bd. 10111 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

Auf der Grundlage von Entwürfen der USA (19. Februar 1974), der Bundesrepublik (4. April 1974) und Frankreichs (13. Mai 1974) einigte sich die Bonner Vierergruppe am 21. Mai 1974 auf folgenden Entwurf eines Konsultationspapiers: „Angesichts der Verantwortlichkeiten der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland für Berlin werden ständige Konsultationen über Berlin-Angelegenheiten zwischen den vier Regierungen im Rahmen der Bonner Vierergruppe geführt. Es besteht Einvernehmen, daß diese Konsultationen auf den nachstehenden Prinzipien beruhen: 1) Die Vierergruppe wird so frühzeitig wie möglich von bezüglich Berlins beabsichtigten Maßnahmen oder Tätigkeiten unterrichtet, insbesondere von jedem Vorhaben, das sich auf Aktivitäten des Bundes in Berlin (West) bezieht; 2) die Konsultationen werden zügig geführt; 3) der vertrauliche Charakter der Konsultationen bleibt gewahrt, insbesondere dadurch, daß von seiten der vier Regierungen keine öffentlichen Erklärungen abgegeben werden, solange die Konsultationen noch andauern. Die zur Einhaltung dieser Prinzipien getroffenen Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lücking vom 24. Mai 1974; VS-Bd. 10111 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

In der Sitzung am 29. Mai 1974 einigte sich die Bonner Vierergruppe darauf, das Konsultationspapier als „Agreed Minute“ zu verabschieden. Bei ihrem Gespräch am 18. Juni 1974 in Ottawa sollten Bundesminister Genscher sowie die Außenminister Callaghan (Großbritannien), Kissinger (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) dann das Papier „zustimmend zur Kenntnis nehmen“. Vgl. die Aufzeichnung von Lücking vom 30. Mai 1974; VS-Bd. 10111 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

Bundesminister führte abschließend aus, daß wir neben den Fragen, die er zur KSZE und zu den Neun vorzutragen habe, natürlich immer wieder auch auf unsere speziellen deutschen Probleme und die Interessen der Drei Mächte hinweisen müßten. Solche speziell deutschen Probleme gebe es auch²² im Zusammenhang mit MBFR, wo wir keine auf die Bundeswehr beschränkte Regelung hinnehmen könnten.

Das Gespräch dauerte rund 40 Minuten.

Es wurde in deutsch geführt.

Referat 010, Bd. 178568

164

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von der Gablentz

200-350.75-1095/74 geheim

11. Juni 1974

Herrn D 2¹

Betr.: Atlantische Erklärung;
hier: Europaklausel

Eine informelle Besprechung der neun Außenminister im engsten Kreis am Rande des 14. EPZ-Ministertreffens² führte zu einem Auftrag an die Politischen Direktoren, sich um eine Kompromißformel zu bemühen, die, auf dem englischen Vorschlag³ aufbauend, deutlich das politische Engagement der neun Staaten für Fortschritte in Richtung auf die europäische Einheit zum Ausdruck bringt.

Die von den neun Direktoren beim Abendessen ad referendum vereinbarte Formel hat folgenden Wortlaut:

²² Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

¹ Hat Ministerialdirektor van Well vorgelegen.

² Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 vgl. Dok. 167 und Dok. 168.

³ Großbritannien legte am 6. Juni 1974 im Ständigen NATO-Rat einen Entwurf für Ziffer 9 Satz 3 einer Atlantischen Erklärung vor: „It is also recognized that growing unity among those member States of the European Communities which are also members of the Atlantic Alliance should in due course have a beneficial effect on their contribution to the Alliance.“ Dazu wurde erläutert, „Außenminister Callaghan trage mit diesem Vorschlag dem im NATO-Rat vorgebrachten Argument Rechnung, daß eine Klammer zwischen den ‚Neun‘ und dem Bündnis im Interesse aller liege. Der Erwähnung einer politischen oder europäischen Union könne die britische Regierung nicht zustimmen, obwohl dieser Begriff in den Communiqués der Gipfeltreffen von Paris und Kopenhagen verwendet worden sei. Die britische Regierung wisse nicht, mit welchem konkreten Inhalt sie diesen Begriff füllen solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 824 des Gesandten Boss, Brüssel (NATO); VS-Bd. 9964 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

„It is also recognized that the further progress towards unity which the member States of the European Community are determined to make, should have, in due course, beneficial effects on the contribution to the common defence of the Alliance of those of its member nations which also belong to the Alliance.“

Die Erörterung zeigte, daß AM Callaghan aus innenpolitischen Gründen zur Zeit nicht bereit ist, über den britischen Entwurf hinauszugehen.⁴ Er fand allerdings lediglich bei den Dänen Unterstützung, die es nicht für notwendig hielten, das Wort Europäische Union in einer NATO-Erklärung zu erwähnen. Die Niederländer setzten sich für eine Kompromißlösung ein, die u. U. in Benutzung des Wortes „unification“ liegen könne. Die anderen Delegationen, vor allem Luxemburger, Franzosen und wir, unterstrichen, daß man vom dem Wort Europäische Union in der NATO-Erklärung nicht mehr loskommen könne, ohne politische Mißverständnisse hervorzurufen, da es einmal in einem Entwurf⁵, der überdies auch noch an die Öffentlichkeit gelangt war, enthalten ist.

Es wurde vereinbart, über dieses informelle Gespräch der Minister, das nur der internen Meinungsbildung im Hinblick auf Ottawa⁶ dienen sollte, Stillschweigen zu bewahren.⁷

Nach Diktat von Herrn von der Gablentz

VS-Bd. 9903 (200)

⁴ Am 7. Juni 1974 berichtete Botschafter von Hase, London, daß der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Killick, die Botschafter der WEU-Mitgliedstaaten über den Stand des Entwurfs einer Atlantischen Erklärung informiert habe: „Er sagte im Auftrag von Sir Thomas Brimelow mit großem Nachdruck, daß der gestern in der NATO eingebrachte britische Kompromißvorschlag zur Erwähnung der Europäischen Union das Äußerste sei, was von Außenminister Callaghan konzidiert werden könnte. Man sei betroffen, mit welcher Schärfe gestern in der NATO dieser britische Vorschlag als ungenügend zurückgewiesen worden wäre. Es sei sicher, daß Callaghan wegen der innenpolitischen Situation hier nicht weiter gehen könnte und möglicherweise die Erklärung dann überhaupt nicht zustandekommen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1437; VS-Bd. 9903 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

⁵ Ziffer 9 Satz 3 des französischen Entwurfs vom 3. Oktober 1973 für eine Atlantische Erklärung lautete: „It is also recognized that the progress of the European Community towards European Union should have, in due course, beneficial effects on the contribution to the common defence of the Alliance, of those of its member nations which also belong to the Alliance.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors van Well vom 7. Juni 1974; VS-Bd. 8130 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa vgl. Dok. 183.

⁷ Am 12. Juni 1974 teilte Gesandter Boss, Brüssel (NATO), mit, daß „nach mehreren Sitzungen im NATO-Rat und unter den hier vertretenen acht EG-Partnern“ eine Einigung hinsichtlich der Neufassung von Ziffer 9 Satz 3 einer Atlantischen Erklärung habe erzielt werden können. Sie solle nunmehr lauten: „It is also recognized that the further progress towards unity, which the member States of the European Community are determined to make, should in due course have a beneficial effect on their contribution to the common defence of the Alliance.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 863; VS-Bd. 8130 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), informierte am 13. Juni 1974, daß Irland die britische Regierung darum gebeten habe, „den Text so zu formulieren, daß er keinen irischen Beitrag zur NATO impliziere“. Dem sei dadurch Rechnung getragen worden, daß die Neufassung durch den Nachsatz ergänzt worden sei „of those of them who belong to it“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 875; VS-Bd. 9903 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

165

Botschafter Ruete, Warschau, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 536****Citissime****Aufgabe: 11. Juni 1974, 19.00 Uhr¹****Ankunft: 11. Juni 1974, 21.43 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Beziehungen;

hier: Gespräch mit Parteichef Gierek bei der Posener Messe²

I. Ich hatte am Sonntag, 9. Juni 1974, anlässlich der Posener Messe eine 20minütige Unterredung mit Parteichef Gierek, der bei seinem Rundgang durch die Ausstellung auf meine Einladung hin im Salon des deutschen Pavillons Platz nahm. Gierek war begleitet u. a. von Ministerpräsident Jaroszewicz, Vizeministerpräsident und Planungsminister Jagielski, Vizeministerpräsident Olszowski sowie Politbüromitgliedern Szydlak und Babiuch. Das Gespräch wurde in der ersten Phase auf französisch geführt, später sprach Gierek polnisch, was übersetzt wurde, und ich französisch, weil die Übersetzerin sehr schlecht war. Das Gespräch war in allen Punkten sehr hart und ließ keinerlei Konzessionsbereitschaft der polnischen Seite erkennen. Gierek benutzte vielmehr die Gelegenheit, um in aller Ausführlichkeit seinen Standpunkt darzulegen. Er ließ sich dabei auch nicht durch Hinweise seiner Begleitung unterbrechen, die ihm bedeutete, daß das Programm die Fortsetzung des Rundgangs verlange.

II. Ich leitete das Gespräch damit ein, daß ich Gierek Grüße des Bundeskanzlers übermittelte und ihm die Schwierigkeiten auseinandersetzte, welche die Bundesregierung mit dem „Frelek-Papier“³ habe, in dem unserer Auffassung nach die polnische Regierung die bisherige gemeinsame Geschäftsgrundlage aufgebe. Vor allem bereiteten der Bundesregierung die Punkte „Entschädigung“ und „Umsiedlung“ erhebliches Kopfzerbrechen. In letzterer Frage könne die Bundesregierung die in dem „Frelek-Papier“ genannte Größenordnung schlechterdings nicht akzeptieren. Es werde daher sicher nützlich sein, wenn die polnische Führung noch vor erneuten Sachverhandlungen in dieser Frage Entgegenkommen zeige. Aus den Ausführungen Giereks, die er teilweise in Varianten wiederholte, ist folgendes festzuhalten:

1) Das „Frelek-Papier“ stelle die Grundlage der polnischen Haltung dar, es sei sorgfältig ausgearbeitet und mit den höchsten Führungsgremien abgestimmt worden. Es enthalte die polnische Position.

2) Nunmehr sei es an uns, den nächsten Schritt zu tun und Entgegenkommen zu zeigen. Es sei genug geredet worden, wir müßten nun endlich konkret beweisen, daß wir den Willen hätten, den deutsch-polnischen Beziehungen eine neue Dimension zu geben. Wir müßten klar darlegen, welche Vorstellung wir hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses hätten. Allein mit einem Kredit sei die zwischen uns liegende Problematik

¹ Hat Bundesminister Genscher am 12. Juni 1974 vorgelegen.

² Die Internationale Technische Messe in Posen fand vom 9. bis 18. Juni 1974 statt.

³ Zum polnischen Non-paper vom 11. April 1974 („Frelek-Papier“) vgl. Dok. 118, Anm. 2.

nicht zu lösen. Polen könne seine Wirtschaft notfalls auch ohne unseren Kredit aufbauen. Es habe zahlreiche Kreditangebote und arbeite mit vielen westlichen Ländern zusammen. Viel wesentlicher sei es, daß wir die Vergangenheit bereinigten und langfristige Pläne für künftige Zusammenarbeit aufstellten.

3) Insbesondere sei unsere politisch-moralische Verpflichtung zur Entschädigung der KZ-Opfer (deren Zahl er mit 300 000 bezifferte) nicht mit Krediten zu lösen. Die polnische öffentliche Meinung, aber auch der Sejm, verlange ausdrücklich Entschädigungsleistungen von uns. Wie er mir schon im vorigen Jahr bei der Posener Messe gesagt habe, sei er nicht in der Lage, nach Bonn zu kommen, wenn dieses Problem nicht geregelt sei.⁴ Er wolle an sich gern nach Bonn reisen, aber es müßten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Ich bemerkte hierzu, daß die Bundesregierung sich der Wichtigkeit der künftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen durchaus bewußt sei, daß Polen aber unsere finanziellen Leistungsmöglichkeiten bei weitem überschätze. Dies löste Gelächter der Zuhörer aus und Einwürfe wie „geringste Inflationsrate“ und „hohe Exportüberschüsse“. Meine Argumentation schien die polnische Seite in keiner Weise zu beeindrucken.

4) Gierek hob mit großem Nachdruck hervor, es sei eine Illusion zu erwarten, daß Polen mehr Umsiedler entlassen könne, als im „Frelek-Papier“ angegeben. Es gebe nicht mehr Deutsche in Polen. Alles, was über die Zahl 70 bis 80 000 hinausgehe, sei kein spezifisches deutsches Problem mehr. Es gebe eine Gruppe von Polen, die auszuwandern wünschten, und zwar in die verschiedensten Länder. Diesen Wünschen werde soweit wie möglich Rechnung getragen.

Ich warf ein, daß bei den bisherigen Gesprächen von 150 000 Umsiedlern die Rede gewesen und daß diese Zahl von polnischer Seite als „realistisch“ bezeichnet worden sei. Gierek replizierte, er habe die Zahl 150 000 niemals genannt, sie sei nicht realistisch, denn in Polen existierten einfach nicht so viele deutsch-stämmige Personen.

5) Gierek stellte als Positivum heraus, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern unabhängig von den politischen Beziehungen sehr günstig entwickelt hätten. Polen sei zum weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen bereit (er erwähnte in diesem Zusammenhang weder das große polnische Handelsbilanzdefizit⁵ noch polnische Restriktionen gegenüber dem

⁴ Am 14. Juni 1973 berichtete Botschafter Ruete, Warschau, über ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP bei der Eröffnung der Posener Messe am 10. Juni 1973. Bezüglich eines Besuchs in der Bundesrepublik habe Gierek bemerkt, „er komme gern und freue sich, mit dem Herrn Bundeskanzler zusammenzutreffen. Er könne es sich jedoch nicht leisten, daß das Treffen ohne Ergebnis bleibe. Als ich erwiderte, daß man nicht bei den Vorgesprächen schon alles unterschriftsreif vorbereiten könne, entgegnete Gierek, das sehe er ein, aber im Prinzip müßten die Dinge geklärt sein. Er trage eine große Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk und könne nicht nach Bonn kommen, wenn nicht sichergestellt sei, daß der Besuch ein Erfolg werde. Solange dies nicht der Fall sei, könne er sich zum Datum nicht äußern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 447; Referat 214, Bd. 112627.

⁵ Zum Stand der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen stellte Vortragender Legationsrat Simon am 9. Mai 1974 fest: „Im Osteuropa-Handel der Bundesrepublik Deutschland belegt Polen die zweite Stelle nach der Sowjetunion, umgekehrt lag die Bundesrepublik Deutschland bei der Einfuhr Polens bis 1972 auf dem vierten Platz (hinter UdSSR, DDR, CSSR). Im Jahre 1973 ist sie zum zweitwichtigsten Lieferanten Polens nach der UdSSR aufgerückt; bereits seit 1972 ist sie bedeutendster westlicher Handelspartner Polens (vor Großbritannien und Italien).“ Die Einfuhr von Waren aus Polen sei von 987,5 Mio. DM (1972) auf 1218,8 Mio. DM (1973) gestiegen, der

Handel mit der Bundesrepublik). Trotz guter Wirtschaftsbeziehungen bleibe aber die eigentliche Problematik unseres Verhältnisses ungelöst. Es liege nun bei uns, zur Frage der Gestaltung unserer Beziehungen geeignete Vorschläge zu machen. Polen habe alles getan, was es habe tun können.

6) Beim Weggehen entschuldigte Giersek sich für die Härte seiner Ausführungen. Er habe geglaubt, daß es nützlich sei, der neuen Bundesregierung die polnische Haltung ungeschminkt darzulegen. Auf beiden Seiten sei bei den Gesprächen bisher soviel geredet worden, daß es im Grunde nichts mehr zu sagen gebe. Deswegen sei er auch dagegen, daß im Juni wieder unverbindliche Gespräche stattfänden (er meinte damit offenbar den in Aussicht genommenen und inzwischen abgesagten Bonn-Besuch von Czyrek⁶). Giersek wiederholte abschließend, es sei nun an uns, konkrete Vorschläge zu machen.

III. Zu dem Empfang anlässlich des „Tages der Bundesrepublik Deutschland“, den ich am Dienstag, 11. Juni 1974, in Posen gab, erschienen etwa 1000 Personen, jedoch kein polnischer Minister, keine Vizeminister und nur einer der Generaldirektoren der polnischen staatlichen Polime-Oekop GmbH. Dies ist zweifellos ein gewollter Affront, da selbst in Zeiten, als wir noch durch eine Handelsmission vertreten waren, zu diesem Empfang immer mehrere Minister kamen.

IV. 1) Die Ausführungen Gierseks hatten offensichtlich das Ziel, die kalte Dusche, der wir gegenwärtig ausgesetzt sind, auf den größten Strahl zu drehen und die neue Bundesregierung mit der polnischen Maximalposition zu konfrontieren. Diese wurde von Giersek daher in extenso und mit großem Nachdruck dargelegt, wobei er allerdings die Rentenfrage⁷ nicht berührte. Seine Ausführungen enthielten keinerlei Andeutungen irgendeiner Konzessionsbereitschaft, sie basierten vielmehr ausschließlich auf dem „Frelek-Papier“, zu dem sie klarstellten, daß es die Haltung der gesamten polnischen Führung repräsentiere (was durch Kopfnicken der Politbüro-Mitglieder quittiert wurde). Gleichzeitig waren Gierseks Ausführungen offenbar als gezieltes Signal an die Bundesregierung gemeint, daß die polnische Seite von sich aus nicht den nächsten Schritt unternehmen werde, sondern konkrete Angebote von uns erwarte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 705

Export nach Polen von 1452 Mio. DM (1972) auf 2634,4 Mio. DM (1973). Simon fuhr fort: „Das sprunghafte Importwachstum auf polnischer Seite spiegelt die Bemühungen der polnischen Führung wider, den Außenhandel verstärkt in den Dienst der Entwicklung der Volkswirtschaft zu stellen und zum Zwecke der Erweiterung und Modernisierung des industriellen Produktionsapparats in erhöhtem Maße Investitionsgüter einzuführen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 116645.

⁶ Die letzte Gesprächsrunde zwischen Ministerialdirektor van Well und dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek fand am 23./24. April 1974 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 134. Die Fortsetzung der Gespräche war für den 24./25. Juni 1974 vorgesehen. Botschafter Ruete, Warschau, berichtete am 29. Mai 1974, daß er hierüber mit Czyrek am 27. Mai 1974 gesprochen habe: „Grundsätzlich bejahte Czyrek die Idee eines erneuten Treffens mit MD van Well, zu dem allerdings die polnische Führung noch nicht ihre Zustimmung gegeben habe. Es komme für die polnische Seite weitgehend darauf an, welchen Charakter dieses Gespräch haben werde. Wenig sinnvoll sei es, erneut einen exploratorischen Gedankenaustausch zu halten. Man kenne nun gegenseitig die Argumente genug. Wenn die deutsche Seite noch nicht verhandlungsbereit sei, solle man lieber mit den Gesprächen noch etwas warten. Man wolle in Polen den Eindruck vermeiden, daß man wieder einmal mit der deutschen Seite gesprochen habe, ohne konkrete Ergebnisse zu erzielen. Das sei nur eine „Als-ob-Politik.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat 010, Bd. 178563.

⁷ Zum polnischen Wunsch nach Rentenausgleichszahlungen vgl. Dok. 134, Anm. 12.

Hierbei kam erneut zum Ausdruck, daß die polnische Führung eine Lösung der Entschädigungsfrage auf dem indirekten Weg, d.h. durch einen Kredit, nicht mehr für akzeptabel hält (womit sie sich von der Plattform von Helsinki⁸ distanziert) und daß sie die in der Umsiedlungsfrage die bisher im Gespräch gewesenen Zahlen nicht zu honorieren bereit ist.

2) Gierek hat sich bei diesem Gespräch eindeutig zum Sprecher der „Falken“ gemacht und den Druck, der auf uns ausgeübt wird, weiter verstärkt. Allerdings war aus taktischen Gründen im gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum eine andere Äußerung aus Giereks Mund zu erwarten, auch konnte er angesichts des großen Zuhörerkreises kaum eine andere Position einnehmen oder gar eine Konzessionsbereitschaft andeuten. Die polnische Taktik zielt gegenwärtig klar darauf ab, gegenüber der neuen Bundesregierung die polnischen Forderungen mit aller Härte zu erneuern und gleichzeitig den Ball in unser Feld zu spielen, um zu sehen, welche Vorschläge die Bundesregierung macht. Wir sollten uns daher durch das polnische Vorgehen nicht allzusehr beeindrucken lassen, sondern unsere internen Überlegungen weiter fortführen. Erst die Wiederaufnahme konkreter Verhandlungen wird uns Klarheit darüber verschaffen, welches die tatsächliche Position Polens ist.

3) Ich habe aber den Eindruck, daß sich die polnische Haltung in der Entschädigungsfrage grundsätzlich verändert hat, offenbar hat man bei der Zustimmung zur Plattform von Helsinki den innenpolitischen Druck unterschätzt, den man nun wieder stärker zu berücksichtigen gezwungen ist. Die Umsiedlungsfrage dürfte nach wie vor stark von unseren finanziellen Angeboten abhängen, wenn dies auch von polnischer Seite strikt geleugnet wird.

4) Jedoch schien es mir mit dem polnischen Wunsch ernst zu sein, von uns konkrete Vorschläge zur künftigen Gestaltung unserer gesamten Beziehungen zu erhalten. Die Bundesrepublik stellt für Polen einen so wichtigen Faktor im westlichen Lager dar, daß sie das dringende politische Bestreben hat, die Beziehungen zu uns auf eine möglichst breite und möglichst langfristige Basis zu stellen. Sie versucht das im gegenwärtigen Augenblick durch Druck auf uns zu erreichen, was nicht ausschließt, daß sie nach einiger Zeit wieder elastischer wird.

[gez.] Ruete

Referat 010, Bd. 178563

⁸ Bundesminister Scheel und der polnische Außenminister Olszowski trafen am 3. Juli 1973 in Helsinki zusammen. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 213.

166

Botschafter Wieck, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-12466/74 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 565

Aufgabe: 11. Juni 1974, 11.00 Uhr¹
Ankunft: 12. Juni 1974, 16.40 Uhr

Betr.: Gespräche mit Schah und Außenminister Khalatbari

I. Im Laufe des 45-Minuten-Gesprächs mit dem Schah, das sich an die Übergabe des Beglaubigungsschreibens am 9.6.74 anschloß und an dem auch Außenminister Khalatbari teilnahm, wurden folgende Themen behandelt:

- 1) Probleme der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion,
- 2) Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern,
- 3) Rüstungszusammenarbeit und sicherheitspolitische Fragen,
- 4) politische Entwicklung in Iran und Türkei.

II. Das Gespräch wurde in offener, ungezwungener und freundlicher Atmosphäre geführt. Den Gesprächsverlauf fasse ich nachstehend zusammen:

- 1) Probleme der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

Der Schah eröffnete das Gespräch mit Hinweis darauf, daß die Sowjetunion seit einiger Zeit in allen Fragen der Zusammenarbeit eine kühle Schulter zeige. Das werde in der Frage des geplanten trilateralen Erdgasgeschäfts² deutlich. Die Sowjetunion mache ernste Schwierigkeiten bzw. reagiere überhaupt nicht auf iranisches Vorbringen, den bestehenden iranisch-sowjetischen Lieferungsvertrag dem Wortlaut und Geiste nach zu erfüllen (Preisgleitklausel).³ Erst nach befriedigender Regelung dieser bilateralen sowjetisch-iranischen Angelegenheit könne Iran an einer nächsten dreiseitigen Besprechung teilnehmen (bisher für Ende Juni in Deutschland geplant).⁴

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 24. Juni 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Simon verfügte.

Hat Simon am 25. Juni 1974 vorgelegen.

² Zum geplanten Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik, dem Iran und der UdSSR über die Lieferung von Erdgas vgl. Dok. 88, Anm. 8.

³ Am 12. Juli 1974 informierte Botschafter Wieck, Teheran, über die Lieferungen von Erdgas aus dem Iran in die UdSSR: „1) Artikel 8 des iranisch-sowjetischen Abkommens von 1966 sieht die Möglichkeit einer Anhebung des Erdgaspreises vor, wenn der Referenzpreis für eine bestimmte Sorte Bunkeröl um mehr als 10 Prozent und bis zu 30 Prozent steigt. In diesem Falle erfolgt Anhebung des Erdgaspreises um jeweils ein Drittel der prozentualen Preissteigerung des Referenzöls. Bei einer Referenzpreissteigerung über 30 Prozent müssen beide Partner gemäß Art. 8 über Erdgaspreis neu verhandeln. 2) Iran möchte in diesen Preisverhandlungen Artikel 8 entsprechend anwenden und, da das Referenzöl um ca. 300 Prozent gestiegen ist, eine hundertprozentige Erdgaspreiserhöhung durchsetzen. [...] Die Sowjetunion vertritt demgegenüber die Ansicht, daß bei Neuverhandlungen nicht die Preisregulierungsbemühungen des Art. 8 bei bis zu dreißigprozentigen Preiserhöhungen präjudiziert werden dürften. Die Sowjetunion hält daher, wenn überhaupt, eine wesentlich geringere Preiserhöhung für vertretbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 405, Bd. 113926.

⁴ Botschafter von Lilienfeld, Teheran, berichtete am 8. Mai 1974: „Im Anschluß an die Investitionskonferenz fanden am 2. und 3. Mai erstmalig Dreierverhandlungen zwischen der Ruhrgas AG, der National Iranian Gas Company und einer sowjetischen Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees für Außenbeziehungen, Alichanow, über das Erdgasdreiecksgeschäft Iran/UdSSR/BRD statt. Die Verhandlungen sind zufriedenstellend verlaufen. Eine weitere

Der Schah bat unter Hinweis auf seinen Wunsch, den Gedankenaustausch über die Gründe der in wirtschaftlichen wie auch anderen Fragen hier stark empfundenen sowjetischen Zurückhaltung fortzusetzen, um Unterrichtung über Ergebnisse der Gespräche mit StS Schlecht in Moskau⁵ und um unsere Bewertung der derzeitigen sowjetischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik und insbesondere auch der sowjetischen Haltung zum trilateralen Erdgasprojekt.

Im einzelnen erklärte der Schah zur Frage des in der Schwebe befindlichen trilateralen Erdgasgeschäfts: Er würde es als eine Art Sicherheitsgarantie begrüßen, wenn es gelänge, einen wesentlichen Teil der Erdgasversorgung des sowjetischen Kaukasus-Gebiets an iranische Quellen zu binden. Andererseits könne und wolle er das zum Export an andere Länder bestimmte Erdgas nicht nur über die Sowjetunion leiten.

Die Projekte der Erdgas-Leitung durch die Türkei⁶ und die Verschiffung über den Golf⁷ seien von hoher wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Sie hätten auch taktisches Gewicht gegenüber der Sowjetunion.

Der Schah nannte – wie schon in dem Gespräch mit dem Bundesminister für Wirtschaft am 28. April 1974 – das Interesse von Texaco–El Paso und einer belgischen Gesellschaft am Bau der Erdgasleitung durch die Türkei.⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 708

Verhandlungsrunde ist für Juli 1974 vorgesehen. Hauptpunkte der eingehenden Diskussion, die in Detailverhandlungen weiter geklärt werden müssen, sind: Höhe des von Ruhrgas zu zahlenden Gaspreises frei Grenze UdSSR/Iran und Höhe der von Ruhrgas zu zahlenden Transitgebühr (Einigkeit besteht, daß der Erdgaspreis frei deutsche Grenze für den deutschen Markt konkurrenzfähig bleiben muß). Liefermenge: Die UdSSR hat bestätigt, daß sie den Transit in Form eines Gasaus-tausches durchführen kann. Für die Projektverwirklichung werden ca. 13 bis 15 Mrd. kbm/J[ahr] Erdgas benötigt, deren Lieferung Iran zugesagt hat. Die UdSSR hat akzeptiert, daß zumindest über den Kauf der für Westeuropa bestimmten Menge von mindestens 10 Mrd. kbm/J. ein direkter Vertrag Ruhrgas AG/Iran geschlossen wird. Ungeklärt ist noch, ob die UdSSR diejenigen Mengen, die sie zusätzlich verbrauchen will, direkt von NIGC oder aber von Ruhrgas kauft. Die UdSSR erwartet als Voraussetzung für das Zustandekommen des Projekts erhebliche zusätzliche Lieferungen an Stahlrohren und Kompressoren aus der BRD.“ Vgl. Referat 311, Bd. 104739.

⁵ Staatssekretär Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, hielt sich vom 2. bis 8. Juni 1974 in Moskau auf.

⁶ Zum geplanten Bau einer Erdgas-Pipeline durch die Türkei („Iskenderun-Projekt“) vgl. Dok. 73, Anm. 20.

⁷ Die iranische Regierung stellte Überlegungen an, Erdgas auch als Flüssiggas per Schiff zu liefern. Dazu führte Schah Reza Pahlevi am 28. April 1974 gegenüber Bundesminister Friderichs in Teheran aus, es sei „auf jeden Fall gut, eine Alternative zu haben, die sich ja in dem Projekt Iskenderun – Gasverflüssigung erbe. Ein Pipeline-Bau durch die Türkei, Griechenland, Jugoslawien – Triest! – sei angesichts der instabilen Lage in diesem Raum ein zu kompliziertes Unterfangen. Möglicherweise könne man sogar die Möglichkeit für eine bereits in Iran durchzuführende Verflüssigung untersuchen. Diese Lösung setze das Vorhandensein großer Methan-Transportschiffe voraus, etwa 300 bis 400 000 t. Iran befinde sich bezüglich der Lieferung solcher Schiffe mit Atomantrieb im Gespräch mit Frankreich. Wenn sich dies realisiere, werde das vielleicht eines Tages die wirtschaftlichste Lösung sein. In der Zwischenzeit bis dahin könne das Projekt mit der Sowjetunion durchgeführt werden, vorausgesetzt, sie verhalte sich vernünftig.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 104739.

⁸ Bundesminister Friderichs hielt sich vom 28. bis 30. April 1974 anlässlich einer deutsch-iranischen Investitionskonferenz im Iran auf. Am 28. April 1974 teilte Schah Reza Pahlevi Friderichs mit, daß für den Bau der Erdgas-Pipeline in die Türkei „ein hoher Bedarf an Stahl verschiedenster Spezifikationen“ entstehe: „Übrigens sei die amerikanische Firma El Paso zusammen mit Belgien stark an diesem Projekt interessiert, ebenso wie ENI weiterhin ihr Interesse bekunde. Dennoch befürworte er die Prüfung auch der Möglichkeit der Verflüssigung bereits im Iran. Er nehme an, daß sich das amerikanisch-belgische Konsortium auch mit deutschen Firmen in Verbindung gesetzt habe.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 104739.

Ich habe das fortbestehende Interesse der Bundesregierung an dem trilateralen Erdgasgeschäft BRD–Iran–UdSSR unterstrichen und enge Konsultationen über das weitere Vorgehen und die Beurteilung der sowjetischen Interessenlage und Absichten angeregt.

2) Zusammenarbeit mit westlichen Industrieländern

Unter Hinweis auf die enormen iranischen Erdgasvorkommen, die bei einer angenommenen jährlichen Abbauquote von 50 Mrd. Kubikmetern etwa 100 Jahre reichen würden, und auf neuerliche Erdölfunde, die eine Erhöhung der iranischen Erdölreserven um etwa ein Viertel bedeuteten, unterstrich der Schah – wie schon vorher bei der förmlichen Erwiderung auf meine Rede anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens – seine Entschlossenheit, im Wege der Kooperation mit allen interessierten westlichen Industrieländern, vor allem aber mit der BRD als dazu besonders gut geeignetem Partner, die Industrialisierung und Modernisierung des Landes auch auf sozialem Gebiet voranzutreiben. Er begrüßte das deutsch-iranische Raffinerieprojekt mit seiner petrochemischen Orientierung⁹ und teilte mit, daß die USA sich zu einem gleichen Projekt gleicher Art und Größenordnung in Buschehr¹⁰ entschlossen haben und daß die Japaner möglicherweise auch wieder auf Iran zukommen würden.

Der Schah eröffnete mir, daß die DEMINEX den Zuschlag für die ausgeschriebenen Erdölexplorationen¹¹ und Italien den Zuschlag für den Bau einer großen

⁹ Zum Vorvertrag zwischen Firmen aus der Bundesrepublik und der National Iranian Oil Company (NIOC) über den Bau einer Erdölraffinerie in Buschehr vgl. Dok. 153, Anm. 7.

Am 30. April 1974 unterzeichneten die Bayer AG und die Hoechst AG sowie die National Petrochemical Company (NPC) in Teheran einen Vorvertrag über den Bau eines petrochemischen Komplexes in Bandar Schapur zur Weiterverarbeitung des von der Erdölraffinerie bereitzustellenden Naphta. Dazu informierte Botschafter von Lilienfeld, Teheran, am 9. Mai 1974, daß die Anlage in einer ersten Stufe aus 1,5 Mio. t Naphta u. a. 550 000 t Benzol herstellen solle. In einer zweiten Stufe sei die Errichtung einer Olefin-Anlage zur Verarbeitung von zusätzlich 1 Mio. t Naphta vorgesehen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 695; Referat 311, Bd. 104739.

Eine erste Verhandlungsrunde über den Bau der Erdölraffinerie fand am 21./22. Juni 1974 in München statt. Dazu vermerkte Botschafter Wieck, Teheran, am 6. Juli 1974, es habe sich gezeigt, „daß die Rentabilität des gemeinsamen Raffinerieprojekts in Iran problematisch geworden ist“. Zum einen sei der von der NIOC verlangte Rohölpreis, zu dem sie das Rohöl der Raffinerie zur Verfügung stellen wolle, im Hinblick auf die vorzunehmenden hohen Investitionskosten „wenig attraktiv“. Zum anderen erwarte die NIOC, „daß unabhängig von der jeweiligen Marktlage für die gemeinsame Raffinerie in dem Vertragswerk von vornherein ein fester Gewinn vereinbart werden soll. [...] Nach einer ersten überschlägigen Rechnung glauben die deutschen Ölgesellschaften, daß die Raffineriekosten in Buschehr im Vergleich zu einer Raffinerie in Deutschland oder Europa pro Barrel verarbeitetes Rohöl bis zu einem US-Dollar mehr betragen könnten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 104744.

¹⁰ Botschafter Wieck, Teheran, übermittelte am 11. Juni 1974 Informationen der iranischen Regierung, wonach die National Iranian Oil Company (NIOC) auch mit den USA über den Bau einer Erdölraffinerie verhandle. Das Projekt beruhe „auf einer ähnlichen Grundkonzeption, wie mit uns im ‚letter of understanding‘ Ende April vereinbart. Die beteiligten amerikanischen Gesellschaften seien: Cities Service, Commonwealth, Grand Central, APCO und amerikanische Shell. Die amerikanische Gruppe hätte sich ebenfalls zur zusätzlichen Produktion petrochemischen feedstocks bereiterklärt. Die Raffinerie sei ein wenig mehr ‚sophisticated‘, da sie einen breiteren Produktspektrum anbiete. Die Verhandlungen mit den Amerikanern seien allerdings weniger weit fortgeschritten als mit uns.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 568; Referat 311, Bd. 104744.

¹¹ Die DEMINEX beteiligte sich an der Ausschreibung um die Vergabe von Rechten zur Ölförderung im Iran. Am 11. Juni 1974 teilte Botschafter Wieck, Teheran, mit: „DEMINEX hat für beide Explorationsgebiete, um die sie sich beworben hatte, den Zuschlag erhalten. [...] Grundsätzlich habe die NIOC den Ausschreibungsbewerbern jeweils nur ein Explorationsgebiet zuweisen wollen. DEMINEX

Werft-Anlage und eines Stahlwerks in Bandar Abbas¹² erhalten habe. Zusammen mit Frankreich wolle er Atomkraftwerke in Iran bauen. In diesem Zusammenhang kündigte er seinen schon zu Lebzeiten Pompidous vereinbarten mehrtägigen Besuch in Frankreich für den 24. Juni an. Giscard d'Estaing habe gewünscht, den Besuch so bald wie möglich stattfinden zu lassen.¹³

Das Gespräch berührte auch die europäische Entwicklung. Ich erläuterte dem Schah den auf den Erhalt der Gemeinschaft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Europas gerichteten wirtschafts- und währungspolitischen Stabilitätskurs der Bundesregierung, der nach den jüngsten französischen Erklärungen¹⁴ auch eine Parallele in der wirtschaftspolitischen Orientierung des neuen französischen Präsidenten erhalten habe. Der Schah wies darauf hin, daß Giscard d'Estaing ungeachtet des knappen Wahlergebnisses¹⁵ heute schon die Unterstützung von etwa 65 Prozent aller Franzosen gewonnen habe und daß nur der kommunistische Kern der Mitterrand-Anhänger abseits stehe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 710

habe jedoch, nicht zuletzt aus politischen Gründen, als einzige Gesellschaft zwei Explorationsgebiete erhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 568; Referat 311, Bd. 104744.

¹² Vom 5. bis 8. Juni 1974 verhandelte eine italienisch-iranische Wirtschaftskommission in Rom über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dazu teilte Botschafter Wieck, Teheran, am 22. Juni 1974 mit, im Mittelpunkt habe die Unterzeichnung eines Grundsatzabkommens über die gemeinsame Errichtung eines Stahlwerks mit einer Kapazität von 2 bis 3 Mio. t Stahl pro Jahr gestanden: „Für die Beherbergung dieses Großkomplexes soll eine neue Industriestadt von ca. 80 000 Einwohnern in der Nähe von Bandar Abbas errichtet werden. Die Gesamtkosten einschließlich der Infrastrukturmaßnahmen (Errichtung von Elektrizitäts-Werken, Meerwasserentsalzungsanlagen, Straßen, Häusern etc.) werden auf ca. 4 Mrd. DM geschätzt.“ Von italienischer Seite sei gleichfalls vorgeschlagen worden, in der Nähe von Bandar Abbas eine Schiffsneubauwerft mit einer Jahreskapazität von ca. 750 000 t zu errichten, die den erforderlichen Baustahl aus dem neuen Stahlwerk beziehen solle. Vgl. den Schriftbericht Nr. 928; Referat 311, Bd. 104756.

¹³ Schah Reza Pahlavi hielt sich vom 24. bis 28. Juni 1974 in Frankreich auf. Am 27. Juni 1974 berichtete Gesandter Blomeyer-Bartenstein, Paris, daß bei dem Besuch Vereinbarungen geschlossen oder in Aussicht genommen worden seien, die Aufträge des Iran bei der französischen Industrie in Höhe von 20 bis 22 Milliarden Francs vorsähen. Unter anderem werde Frankreich im Iran „in einem Zeitraum von zehn Jahren fünf Kernkraftwerke im Wert von 6 Milliarden Francs errichten und dazu das spaltbare Material liefern. Drei Viertel des Kaufpreises sollen bereits in den nächsten fünf Jahren entrichtet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2081; Referat 311, Bd. 104756.

¹⁴ Am 5. Juni 1974 kündigte Ministerpräsident Chirac in der französischen Nationalversammlung unter Hinweis auf die Krise des internationalen Währungssystems und die derzeitige Inflationsrate in Frankreich von 13 % für den 12. Juni 1974 ein Programm zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts an. In Ergänzung hierzu werde am 19. Juni 1974 eine erste Etappe sozialer Reformen beginnen. Vgl. dazu JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLEE NATIONALE 1974, S. 2493 f. Am 12. Juni 1974 gab Staatspräsident Giscard d'Estaing ein umfangreiches Programm wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen bekannt mit dem Ziel, die Inflationsrate zu senken und das Handelsbilanzdefizit durch eine Steigerung der Ausfuhren bis Ende 1975 zu beseitigen. Die Maßnahmen umfaßten u. a. die steuer- und zinspolitische Abschöpfung von Kaufkraft sowie für die Unternehmen die Erhöhung der Körperschaftssteuer und die Kürzung der Möglichkeiten degressiver Abschreibungen. In der Presse wurde dazu berichtet: „Weil das Schwergewicht der Lasten im Kampf gegen die übersteigerte Nachfrage einseitig auf die Unternehmen und die höheren Einkommen verteilt wird, hofft die Regierung auf eine positive Aufnahme in weiten Kreisen der Bevölkerung. [...] Jener Teil des Programms, dem allgemein stabilisierende Wirkung zugesprochen wird, zeigt in Philosophie und Praxis verblüffende Ähnlichkeiten mit dem deutschen Vorbild. In Paris hat man den Eindruck, daß Bundeskanzler Schmidt bei seinem Zusammentreffen mit Staatspräsident Giscard d'Estaing die Vor- und Nachteile deutscher Stabilisierungspolitik für Frankreich hat fruchtbar machen können.“ Vgl. den Artikel „Paris will Investitionen und Verbrauch dämpfen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Juni 1974, S. 1.

¹⁵ Valéry Giscard d'Estaing wurde am 19. Mai 1974 im zweiten Wahlgang mit 50,81 % der Stimmen zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt. François Mitterrand erhielt 49,19 % der Stimmen.

3) Rüstungszusammenarbeit und sicherheitspolitische Fragen

Der Schah eröffnete diesen Teil des Gesprächs mit der Feststellung, daß die Sicherheitsbedürfnisse Europas und Irans die gleichen seien. Eine engere rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit liege auch im Interesse der Sicherheit Europas. Er erkundigte sich nach dem Fortgang der deutschen Überlegungen für die in Aussicht genommene Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fahrzeugbaus. Ich unterrichtete den Schah auf der Grundlage der Drahterlasse 293 vom 4.6.1974 VS-v und Nr. 270 vom 17.5.74 VS-v¹⁶ über Fortgang deutscher Vorarbeiten. Der Schah begrüßte den beiderseits in Aussicht genommenen Weg, auf der Grundlage des Leo-II-Konzepts ein iranisches Fahrzeug mit den noch zu ermittelnden spezifischen militärischen Anforderungen Irans zu bauen.

Ich erläuterte dem Schah die Grundsätze der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf diesem Gebiet:

- im Interesse der Standardisierung Export im NATO-Bereich und Militärhilfe für schwächere NATO-Partner,
- Verzicht auf eine aus Exportgründen aufzubauende nationale Rüstungsindustrie,
- keine Lieferungen in Spannungsgebiete,
- im Falle Irans auf der Grundlage eines vertrauensvollen gesamtpolitischen Verhältnisses beider Länder zueinander Bereitschaft zur Gesamtlizenzvergabe und Weitergabe von Komponenten aus Gründen des außenpolitischen Interesses an Stabilität und Sicherheit.

Der Schah äußerte sich besorgt über das starke Anwachsen der Panzerzahlen im Irak. Eine bedrohliche Situation wäre entstanden, wenn es der Sowjetunion gelungen wäre, ein militärpolitisches Dreiecksverhältnis Moskau–Bagdad–Damaskus.¹⁷

4) Innenpolitische Entwicklung in Türkei und Iran

Der Schah äußerte sich mit Sorge über die Entwicklung in der Türkei. Das Land, das über keine großen Bodenschätze verfüge, habe das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, zu Europa zu gehören, und der Tatsache, glaubens- und traditionsgemäß vom Islam und Nahen Osten geprägt zu sein, nicht bewältigt. Es sei noch nicht in der Lage, Demokratie wirksam zu praktizieren. Die Probleme der zurückgekehrten Gastarbeiter verschärften die Spannungslage. Es sei notwendig, seitens Iran, wie auch vom atlantischen Bündnis aus, und seitens der europäischen Gemeinschaft stabilisierenden Einfluß zu nehmen.

Iran gebe nicht vor, europäisch zu sein. Zum Unterschied von der Türkei habe es aber die Landreform als entscheidende Voraussetzung für die Industrialisierung und soziale Erneuerung vollzogen. Iran behaupte auch nicht, schon eine Demokratie der Art zu haben, wie sie in Europa seit Jahrhunderten gewachsen sei. In der Gestaltung der innenpolitischen Entwicklungen müsse man die überkommenen Wertvorstellungen und Orientierungen beachten und dürfe nicht vorgeben, etwas zu sein, was man nicht zu leisten vermöge.

¹⁶ Zum Drahterlaß des Ministerialdirektors Hermes an die Botschaft in Teheran vgl. Dok. 153, Anm. 8.

¹⁷ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

III. Außenminister Khalatbari, der mich am 1. Juni zum Höflichkeitsbesuch empfangen hatte, zeigte sich besonders interessiert an Unterrichtung über wirtschaftspolitische und europapolitische Orientierung der neuen Bundesregierung und an Bestätigung des bisherigen politischen Kurses der Bundesregierung gegenüber Iran. Er bedauerte, daß es dem jetzt zum Bundespräsidenten gewählten bisherigen Außenminister¹⁸ aus terminlichen Gründen nicht möglich gewesen sei, Iran zu besuchen.

Khalatbari gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Außenminister¹⁹ zu gegebener Zeit zu einem Besuch nach Teheran kommen werde.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 8084 (201)

167

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Redies

310-350.42-1073/74 VS-vertraulich

12. Juni 1974

Betr.: EPZ-Ministertreffen am 10./11. Juni 1974¹

Aus der Diskussion zum TOP europäisch-arabischer Dialog ist folgendes festzuhalten:

Der niederländische Außenminister² stimmte den einführenden Worten des Herrn Ministers zu, insbesondere hinsichtlich der vom Herrn Minister angesprochenen Haltung der Neun zum Ölembargo gegen Dänemark und die Niederlande³, der Notwendigkeit von Kontakten mit den USA und der Fortsetzung des Gesprächs auch mit Israel. Er wies auf den Beschluß der Außenminister hin, daß der Dialog weder die Friedensbemühungen noch die Bestrebungen um eine internationale Lösung der Energieprobleme stören solle.⁴ Ferner unterstrich er, daß der Dialog seinen Schwerpunkt im wirtschaftlichen Bereich haben werde und es ihm deshalb zweifelhaft erscheine, ob es richtig sei, im Nahost-Expertenbericht von der Möglichkeit politischer Konsultationen zu spre-

¹⁸ Walter Scheel wurde am 15. Mai 1974 von der sechsten Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 88, S. 6.

¹⁹ Hans-Dietrich Genscher wurde am 16. Mai 1974 zum Bundesminister des Auswärtigen ernannt. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 591.

¹ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 vgl. auch Dok. 168.

² Max van der Stoep.

³ Zum Ölboykott mehrerer arabischer Staaten gegen die Niederlande vgl. Dok. 1, Anm. 3. Zum Ölboykott gegen Dänemark vgl. Dok. 111, Anm. 3.

⁴ Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 1./2. April 1974 in Luxemburg; Dok. 111.

chen.⁵ Entsprechend des wirtschaftlichen Inhalts des Dialogs sollte der EG-Kommission bei der weiteren Gestaltung des Dialogs eine entscheidende Rolle zukommen. Er sei sich nicht im klaren, ob die Gründung einer eigenen Beamtengruppe für den Dialog diesem Gedanken nicht widerspreche. Im übrigen komme es nunmehr zunächst einmal darauf an zu klären, was die arabische Seite für Vorstellungen über die europäisch-arabische Kooperation habe.

Auch der italienische Außenminister⁶ erklärte, daß er den einführenden Bemerkungen des Herrn Ministers zustimme. Der europäisch-arabische Dialog gehe in seiner Bedeutung über eine bloße wirtschaftliche Kooperation hinaus. Italien unterstütze den Gedanken, einen eigenen Beamtenstab zu bilden.

Der dänische Außenminister⁷ wies insbesondere darauf hin, daß Dänemark bei der Erwähnung des Ölembargoproblems gegenüber der Presse nicht namentlich angeführt werden solle. Bis heute bestehe Unklarheit darüber, ob überhaupt Boykott-Entschlüsse gegen Dänemark und welche getroffen worden seien. Die Erwähnung des Problems gegenüber der Presse führe nur dazu, daß sich in der Öffentlichkeit der Eindruck festsetze, es gebe derartige Boykott-Maßnahmen tatsächlich.

Der britische Außenminister⁸ erklärte, daß er die Ausführungen des Herrn Ministers ebenfalls voll teile.

Der französische Außenminister⁹ betonte, daß er die allgemeine Zustimmung zur Einleitung des Dialogs mit Befriedigung zur Kenntnis nehme. Er halte es für wichtig, daß die Neun sich weiterhin für die Aufhebung des Ölembargos gegen Dänemark und die Niederlande einsetzten. Ebenso sei er der Auffassung, daß man Schwierigkeiten mit den USA vermeiden solle. Schließlich unterstütze Frankreich die Auffassung, daß weder die Friedensbemühungen noch Bestrebungen der Washingtoner Konferenz¹⁰ gestört werden sollen. Allerdings

⁵ Im Bericht der Nahost-Experten des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 6. Juni 1974 wurde ausgeführt: „Ebenso wird bei den weiteren Kontakten mit der arabischen Seite zu klären sein, inwieweit in den europäisch-arabischen Dialog die Möglichkeit politischer Konsultationen zwischen beiden Seiten einzubeziehen ist. Wir haben die arabische Seite schon bisher darauf hingewiesen, daß es der europäischen Seite vor allem darauf ankomme, die einzelnen Aspekte einer Lösung des Nahost-Konflikts aus dem Dialog herauszuhalten, um nicht eine Art zweiter Genfer Konferenz zu schaffen und die Friedensbemühungen der Großmächte zu stören. [...] Andererseits erscheint es jedoch nicht richtig, für die Zukunft die Möglichkeit einer Erörterung von beiden Seiten interessierenden politischen Problemen von vornherein auszuschließen. Es dürfte – ebenso wie in den bilateralen Beziehungen zwischen Staaten – sonst schwierig sein, das für eine gute Kooperation im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs erforderliche Vertrauensverhältnis zu schaffen. Überdies lassen sich auch Situationen denken, in denen Europa ein Interesse daran hat, seine Vorstellungen zu bestimmten politischen Problemen mit den arabischen Staaten abzusprechen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104982.

⁶ Aldo Moro.

⁷ Ove Guldberg.

⁸ James Callaghan.

⁹ Jean Sauvagnargues.

¹⁰ Zum Stand der Arbeiten der von der Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington eingesetzten Energie-Koordinierungsgruppe vgl. Dok. 120, Anm. 11. Referat 403 vermerkte am 10. Juni 1974 nach der vierten Sitzung der Energie-Koordinierungsgruppe am 2./3. Mai 1974 in Brüssel: „Die Bundesregierung ist von den bisherigen Arbeiten der Koordinierungs-Gruppe befriedigt. Wir begrüßen es auch, daß sich bei den Produzentenländern, die der Washingtoner Energiekonferenz und ihren Folgearbeiten zunächst mit großem Mißtrauen gegenüberstanden, eine sachlichere Beurteilung durchzusetzen scheint. Wir nehmen zur Kenntnis, daß im Augenblick noch kein Termin für eine Konferenz mit den Produzentenländern vorgesehen

müsse man sich darüber im klaren sein, daß die Ölproblematik im Hintergrund des Dialogs stehe. Im übrigen erscheine auch ihm richtig, hinsichtlich des Dialogs zunächst einmal abzuwarten, was die arabische Seite für Vorstellungen habe.

Die belgische Delegation betonte die Notwendigkeit, die vorbereitenden Arbeiten von uns aus voranzutreiben. Ferner regte sie an, die EG-Botschaften in den arabischen Hauptstädten anzuweisen, die Haltung der einzelnen Regierungen zum Dialog künftig verstärkt in ihre Erörterungen einzubeziehen und darüber ggf. zu berichten.

EG-Präsident Ortolan begrüßte, daß die Kommission in das Vorhaben voll eingeschaltet werde. Er sagte zu, Kommission würde bei dem Projekt voll mitarbeiten.¹¹

Redies

VS-Bd. 9996 (310)

Fortsetzung Fußnote von Seite 714

werden kann. Eine solche Konferenz wird von uns indessen nach wie vor angestrebt. Ohne eine einvernehmliche Regelung mit den Produzentenländern wird sich das Energieproblem nicht lösen lassen.“ Vgl. Referat 405, Bd. 113895.

- ¹¹ Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 beschloß, den europäisch-arabischen Dialog mit der Übergabe eines Aide-mémoire an die arabischen Staaten zu eröffnen, das folgenden Wortlaut hatte: „1) Les neuf gouvernements des Etats-membres de la Communauté Européenne confirment l'importance qu'ils attachent aux entretiens qui ont eu lieu à Copenhague les 14 et 15 décembre 1973 avec les Ministres des Affaires étrangères d'Algérie, du Soudan et de la Tunisie ainsi que le Ministre d'Etat des Emirats Arabes Unis, qui, parlant au nom de l'ensemble des pays arabes, ont formulé le vœu que les pays de la Communauté développent leurs relations avec le monde arabe et s'engagent avec lui dans une coopération à long terme dans tous les domaines, notamment économique, technique et culturel. 2) Les Neuf souhaitent de leur côté poursuivre le dialogue ainsi engagé et le développer en une coopération mutuellement bénéfique dans laquelle s'enserront les relations, actuellement en voie d'élargissement, avec la Communauté. Les Neuf ont pris connaissance à ce propos avec intérêt du fait que les gouvernements arabes de leur côté ont déjà entamé dans le cadre de la Ligue Arabe l'étude d'une coopération euro-arabe. 3) En première analyse, les Neuf estiment que cette coopération qui devra se traduire par des actions concrètes, peut s'exercer dans de nombreux domaines, tels que l'industrie, l'agriculture, l'énergie et les matières premières, les transports, la science et la technologie, la coopération financière, la formation des cadres ... ces domaines étant cités à titre d'exemple. 4) Le premier objectif des gouvernements arabes et européens serait, de l'avis de ces derniers, d'organiser entre eux, aussitôt que possible, une prise de contact qui leur permettrait de recueillir leurs vues initiales sur le caractère et la portée de leur coopération, sur les domaines dans lesquels elle devrait se développer et sur moyens à mettre en oeuvre pour l'entreprendre. Les Neuf proposent donc, dans un premier temps, et à une date aussi rapprochée que possible, une rencontre entre leur propre Président et le ou les représentants que les gouvernements arabes voudraient bien désigner. Le Ministre européen des Affaires étrangères du pays qui exerce la Présidence mènera les pourparlers dans sa double qualité de Président de la Coopération Politique des Neuf et du Conseil des Communautés Européennes. 5) A la lumière des résultats de cette rencontre, les Neuf sont prêts à entreprendre ensuite, au niveau des experts européens et arabes, par exemple au sein de commissions de travail, l'étude des voies et moyens de leur coopération afin d'arriver aussitôt que possible à des recommandations concrètes. 6) Lorsque les résultats de ces travaux le justifieront de l'avis des deux parties, une conférence réunissant les Ministres des Affaires étrangères des pays de la Communauté et des pays arabes pourra être organisée pour prendre les décisions nécessaires.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104981.